



Projektwettbewerb "Gmünden", 9052 Niederteufen AR

Neu- und Umbau Gefängnisse Gmünden

Neubau Strassenverkehrsamt mit Prüfhalle, inkl. Regional- und Verkehrspolizei

Wettbewerbsprogramm - Präqualifikation

Einstufiger Projektwettbewerb im selektiven Verfahren



Herisau, 15. September 2020

Orthofoto www.geoportal.ch



Inhaltsverzeichnis

1.	Das Wichtigste in Kürze	6
2.	Ausgangslage	8
2.1	Gefängnisse Gmünden	8
2.1.1	Strafanstalt	8
2.1.2	Kantonales Gefängnis	10
2.1.3	Projektvorgaben	10
2.2	Strassenverkehrsamt	11
2.3	Regional- und Verkehrspolizei	11
3.	Rahmenbedingungen	12
3.1	Wettbewerbsgebiet	12
3.1.1	Bearbeitungsgebiet	12
3.1.2	Betrachtungsgebiet	12
3.1.3	Dingliche Rechte	13
3.1.4	Raumplanung	13
3.2	Erschliessung	14
3.2.1	Motorisierter Verkehr	14
3.2.2	Parkierung	14
3.2.3	Fuss- und Veloverkehr	14
3.2.4	Zufahrt für Rettungs- und Feuerwehrfahrzeuge	14
3.3	Gesetzliche und bauliche Vorgaben	15
3.3.1	Gesetzliche Grundlagen	15
3.3.2	Bauvorschriften	15
3.3.3	Bestandsbauten	16
3.3.4	Werkleitungen	16
3.3.5	Baugrundverhältnisse	16
3.3.5	Brandschutz	17
3.4	Nachhaltigkeit	17
3.4.1	Grundsätze	17
3.4.2	Nutzungsflexibilität	17
3.4.3	Nutzungsichte	17
3.4.4	Nutzungskomfort	17
3.4.5	Umweltbelastung Erstellung	18
3.4.6	Umweltbelastung Betrieb	18
3.4.7	Ökologie	18
3.5	Hindernisfreies Bauen	18



4.	Aufgabenstellung	19
4.1	Ausgangslage	19
4.2	Aufgabe und Zielsetzung	19
4.3	Anforderungen Gefängnisse Gmünden	20
4.3.1	Gefängnisse Gmünden / Haftplätze	20
4.3.2	Aufgaben und Ziele des Justizvollzugs	21
4.3.3	Sicherheitsvorrichtungen	21
4.3.4	Strafvollzugsarten	22
4.3.4.1	Normalvollzug Frauen	22
4.3.4.2	Normalvollzug Männer	23
4.3.4.3	Spezialvollzug Frauen (behandlungsorientiert)	23
4.3.4.4	Spezialvollzug Männer (sicherheitsorientiert)	23
4.3.4.5	Arbeitsexternate (Halbgefangenschaft)	24
4.3.4.6	Kantonales Gefängnis	24
4.3.5	Verpflegung	24
4.3.6	Generelle Betriebsanforderungen	25
4.4	Anforderungen Strassenverkehrsamt	26
4.4.1	Aufgaben und Ziele des Strassenverkehrsamtes	26
4.4.2	Kunden	26
4.4.3	Dienstleistungen	27
4.4.3.1	Schaltergeschäfte	27
4.4.3.2	Führerprüfungen	27
4.4.3.3	Theorieprüfungen	27
4.4.3.4	Fahrzeugprüfungen	27
4.4.4	Anlage / Betriebseinrichtungen	29
4.4.4.1	Prüfhalle	29
4.4.4.2	Administration	30
4.4.4.3	Aussenflächen	30
4.4.4.4	Untergeschosse	30
4.4.6	Verpflegung	30
4.5	Anforderungen der Regional- und Verkehrspolizei	31
4.5.1	Aufgaben der Regional- und Verkehrspolizei	31
4.5.1.1	Aufgaben der Verkehrsgruppe	31
4.5.2	Anlage und Betriebseinrichtungen	32
4.5.2.1	Administration	32
4.5.2.2	Untergeschosse	32
4.5.2.3	Prüfhalle	32
4.5.2.4	Aussenbereiche	32
4.5.3	Verpflegung	32
4.6	Raumprogramme	33



5.	Wettbewerbsverfahren	34
5.1	Allgemeine Informationen	34
5.1.1	Auftraggeber	34
5.1.2	Gesetzliche Grundlagen	34
5.1.3	Ausschreibung	34
5.1.4	Verbindlichkeit und Rechtsschutz	35
5.1.5	Vertraulichkeitserklärung	35
5.1.6	Teilnahme	36
5.1.6.1	Teilnahmeberechtigung	36
5.1.6.2	Nachwuchsförderung	36
5.1.6.3	Ausgewählte Teilnehmende	36
5.1.7	Entschädigung	37
5.1.8	Preisgericht	37
5.1.9	Weiterbearbeitung und Auftrag (Absichtserklärung)	38
5.1.9.1	Allgemein	38
5.1.9.2	Leistungsumfang	38
5.1.9.3	Honorar	39
5.1.9.4	Sitzungen Planende und Bausitzungen	39
5.1.9.5	Bauleitung	39
5.1.9.6	Fachplanung	39
5.1.10	Termine	40
5.1.10.1	Termine Präqualifikation	40
5.1.10.2	Termine Projektwettbewerb	40
5.1.10.3	Termine Weiterbearbeitung	40
5.1.11	Abbruch des Verfahrens	40
5.2	Präqualifikation	41
5.2.1	Unterlagen des Auftraggebers	41
5.2.2	Einzureichende Bewerbungsunterlagen	41
5.2.2.1	Anforderungen	41
5.2.3	Einreichung/Termin Bewerbungsunterlagen	42
5.2.4	Beurteilung der Bewerbungen	42
5.2.5	Ausschlussgründe infolge formeller Mängel	42
5.2.6	Orientierung über das Resultat	42



5.3	Projektwettbewerb	43
5.3.1	Unterlagen des Auftraggebers	43
5.3.2	Begehung / Abgabe Modell	44
5.3.3	Fragestellung und -beantwortung	44
5.3.4	Einzureichende Unterlagen	45
5.3.5	Darstellung und Abgabeform	45
5.3.6	Einreichung/Termin der Wettbewerbsunterlagen	47
5.3.7	Vorprüfung	48
5.3.7.1	Erste Vorprüfung	48
5.3.7.2	Zweite Vorprüfung	49
5.3.8	Projektbeurteilung	49
5.3.9	Orientierung, Veröffentlichung	50
5.3.9.1	Orientierung über das Resultat	50
5.3.9.2	Veröffentlichung	50
5.3.9.3	Rückgabe der eingereichten Projektvorschläge	50
6.	Schlussbestimmungen	51
6.1	Programmgenehmigung durch Preisgericht und Auftraggeber	51
6.2	Rechtsmittelbelehrung	53
	Beilagen (Präqualifikation)	54
	Beilagen (Projektwettbewerb)	55



1. Das Wichtigste in Kürze

Die gelb markierten Textteile können für das Wettbewerbsprogramm Projektwettbewerb noch leicht modifiziert werden.

Auftraggeber

Kanton Appenzell Ausserrhoden, Amt für Immobilien

Organisation

Kanton Appenzell Ausserrhoden, Amt für Immobilien, Obstmarkt 1, 9102 Herisau

immobilienamt@ar.ch

Projektwettbewerb

Gmünden, 9052 Niederteufen AR

Gegenstand des Wettbewerbs

Neu- und Umbau Gefängnisse Gmünden (Strafanstalt Gmünden und Kantonales Gefängnis)

Neubau Strassenverkehrsamt mit Prüfhalle, inkl. Regional- und Verkehrspolizei

Wettbewerbsgebiet

Gemeinde Teufen AR, Ortsteil Niederteufen, Parz. 1109

Beschaffungsform

nach interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB)

Verfahrensart

einstufiger Projektwettbewerb im selektiven Verfahren

Zulassungskriterien

Planende/Planungsbüros des Fachbereichs Architektur

Projekttitel

"Projektwettbewerb Gmünden"

Wichtige Termine (she. auch Kapitel 5.1.10 Detailtermine)

Publikation/Ausschreibung Amtsblatt/SIMAP, Bezug

Freitag, 18.09.2020 über www.simap.ch

Einreichung/Anmeldung Bewerbungsunterlagen Präqualifikation

Dienstag, 13.10.2020, 16.00 Uhr

Ausgabe definitives Wettbewerbsprogramm

KW 44/2020

Begehung

KW 46/2020

Frist Einreichung Fragenstellung

Freitag, 27.11.2020

Einreichen Wettbewerbsarbeit

Montag, 08.03.2021, 16.00 Uhr

Einreichen Modell

Montag, 22.03.2021, 16.00 Uhr

Eröffnung Zuschlagsentscheid (voraussichtlich)

ca. KW 26/2021

angestrebte Inbetriebnahme Gefängnisse

ca. Sommer 2026

dito Strassenverkehrsamt mit Regional- und Verkehrspolizei

ca. Sommer 2027

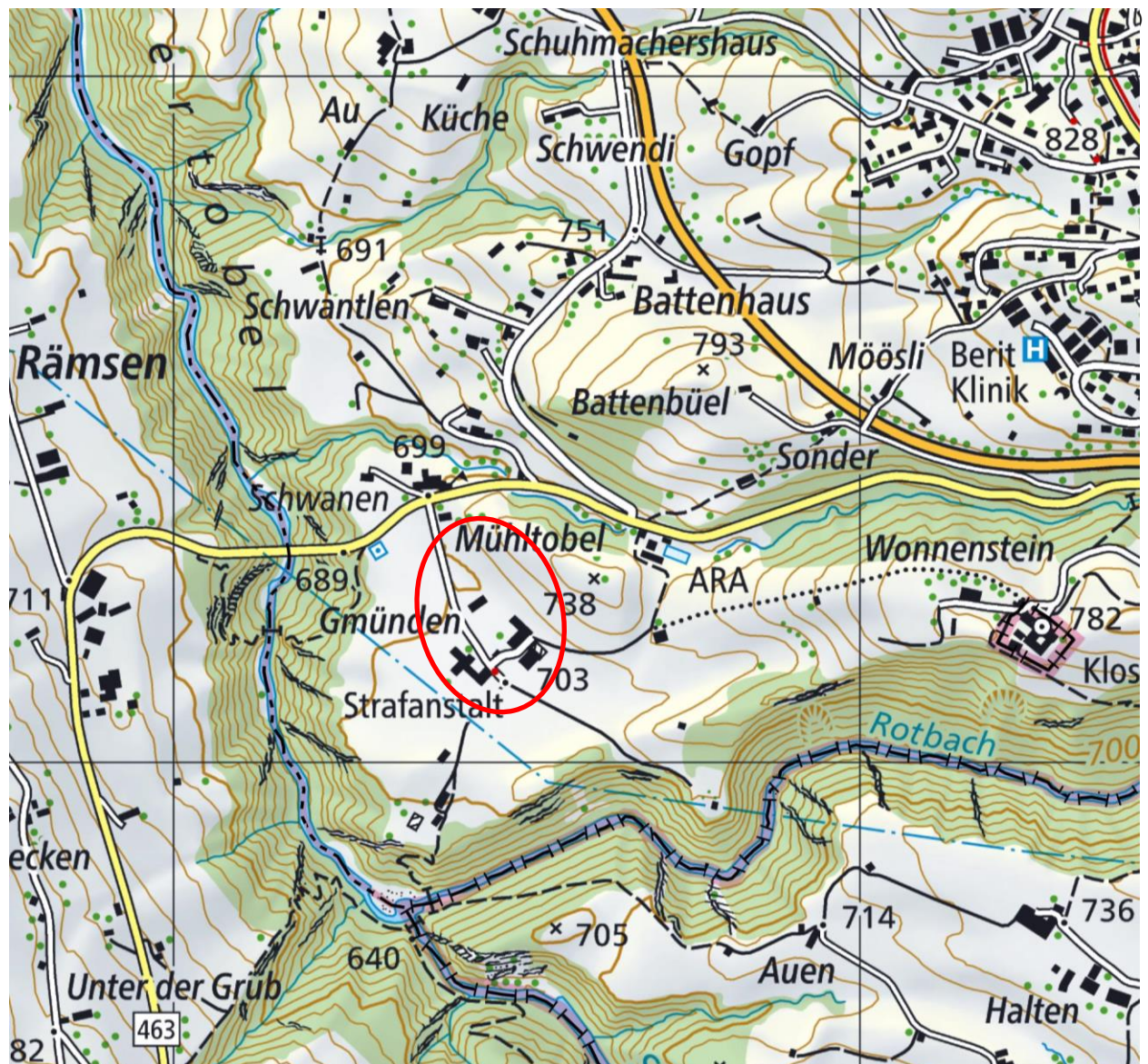
Hinweis: bei den Abgabeterminen ist der Eingang am Eingabeort massgebend, nicht der Poststempel!

Wettbewerbsgebiet / Bearbeitungsgebiet

Der Bearbeitungsbereich befindet sich auf der Parzelle 1109 in Teufen AR, Ortsteil Nieder-teufen, Flurbezeichnung Gmünden. Hier befinden sich zurzeit die Gefängnisse Gmünden (Strafanstalt Gmünden sowie Kantonales Gefängnis).

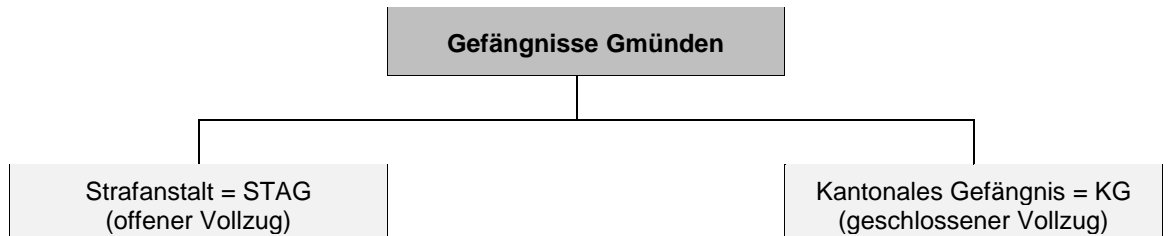
Bearbeitungsbereich im rot markierten Areal (provisorisch, wird im definitiven Wettbewerbsprogramm festgelegt).

Die massgebenden, verbindlichen Flächen sind im Situationsplan M 1:500 eingetragen.



2. Ausgangslage

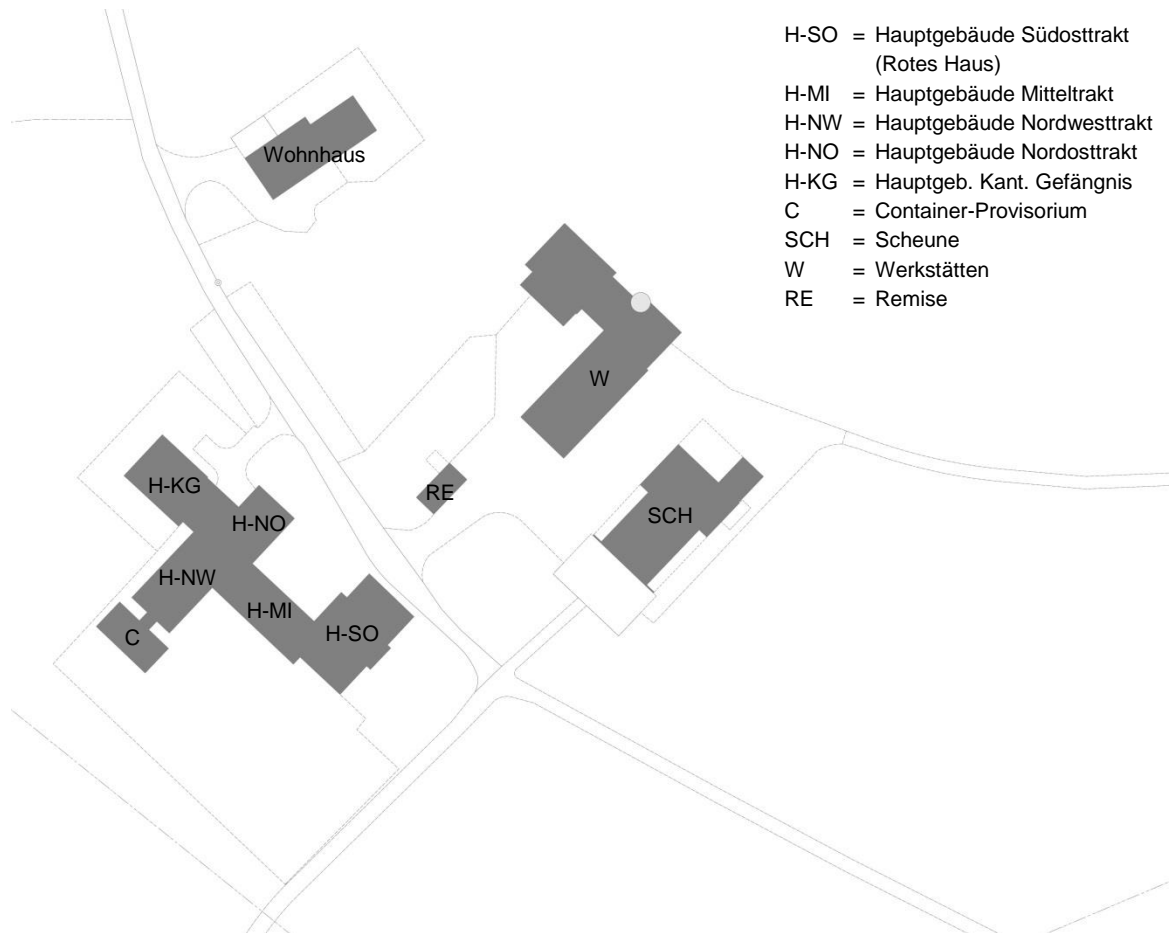
2.1 Gefängnisse Gmünden



2.1.1 Strafanstalt

Die Strafanstalt Gmünden feierte im Jahre 2009 ihr 125-jähriges Bestehen. Die wechselvolle Geschichte der "Haftanstalt", die ihren Anfang als Anstalt für "Arbeitsscheue" nahm, führte im 20. Jahrhundert zu einer Positionierung als Strafanstalt für den (halb-)offenen Vollzug im Rahmen des Ostschweizer Strafvollzugskonkordats (OSK). Wie andere Institutionen auch, seien es Spitäler, Altersheime, Schulen oder auf eine andere Klientel spezialisierte und ausgerichtete Anstalten, befinden sich Strafanstalten in einem dynamischen Umfeld. Sie haben sich aufgrund von gesellschaftlichem Wandel, Gesetzesänderungen oder neuen technischen Entwicklungen immer wieder den aktuellen Gegebenheiten anzupassen. Noch im Jubiläumsjahr und somit zwei Jahre nach der Einweihung des neuen Kantonalen Gefängnisses im Jahre 2007 wurde geschrieben, dass es der "kleinen" Strafanstalt Gmünden, eingebettet im Ostschweizer Strafvollzugskonkordat, auch 125 Jahre nach ihrer Gründung gelinge, sich im zunehmend anspruchsvolleren Umfeld zu behaupten. Ihre Vorteile, etwa die hohe Flexibilität bei den Angeboten, könne sie eben gerade wegen ihrer überschaubaren Grösse nach wie vor ausspielen.

Die Strafanstalt Gmünden (STAG) ist mittlerweile in die Jahre gekommen. Im Laufe des 20. Jahrhunderts wurden immer wieder Neu- und Anbauten realisiert, trotzdem ist die Substanz der Gebäude zunehmend in einem Zustand, der umfassende Sanierungen und Ersatzneubauten erfordert. Vor allem die in den 60er-Jahren erstellten Gebäude weisen einen hohen Sanierungsbedarf auf.



Im Jahr 1884 wurde das Rote Haus (Südosttrakt) erbaut. Ein Teil der Gebäude (Nordosttrakt, Nordwesttrakt und Mitteltrakt) stammen aus dem Jahr 1963. Im Jahr 2007 wurde das Kantonale Gefängnis gebaut. Beim Umbau und der Sanierung aller Trakte im Jahre 1996 wurden die Sanitäranlagen nicht erneuert. Die elektrischen Anlagen (Alarmsystem, Brandmeldeanlage, Zellenruf, TV usw.) entsprechen ebenfalls nicht mehr dem aktuellen Stand der Technik, verursachen immer wieder hohe Unterhaltskosten und sind zudem ein Sicherheitsrisiko. Bei den Fassaden aller Gebäude besteht Sanierungsbedarf. Die Flächen der Zellen liegen teilweise unter 8 m² und entsprechen nicht den nationalen Vorgaben, welche eine Mindestgrösse von 12 m² vorschreiben. Im Jahre 1995 erteilte das Bundesamt für Justiz eine Sonderbewilligung für die Weiterbenützung der zu kleinen Zellen. Im Bericht der Nationalen Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF) über ihren Besuch in der Strafanstalt Gmünden und dem Kantonalen Gefängnis vom September 2011, wurde der Zustand dieses Teils der Anstalt (Mittel- und Nordtrakt) ebenfalls moniert und eine Sanierung empfohlen.

Die Holzschnitzel-Heizung im Anbau des Werkstattgebäudes [Assek-Nr. 1184] versorgt alle Gebäude der Gefängnisse Gmünden mit Heizwärme und Warmwasser. Sie wurde 2009-2010 realisiert. Im Sommerbetrieb wird das Brauchwarmwasser über eine Wärmepumpe im Mitteltrakt erzeugt.



2.1.2 Kantonales Gefängnis

Das Kantonale Gefängnis (KG) – für Untersuchungshaft, kurze Freiheitsstrafen sowie Polizeihaft – wurde im Jahre 2007 in Betrieb genommen. Es ersetzte das bis zu diesem Zeitpunkt im Rathaus in Trogen im Dachgeschoss befindliche Untersuchungsgefängnis, welches aufgrund einer Klage und dem daraus hervorgehenden Bundesgerichtsurteil nicht mehr weiterbetrieben werden konnte. Zudem wurde die Betreuung der Untersuchungsgefangenen, welche in Trogen der Kantonspolizei oblag, mit dem Umzug der Kantonspolizei nach Herisau verunmöglicht. Das neue KG als Teil der Gefängnisse Gmünden befindet sich in baulicher Hinsicht in einem Zustand, welcher einen Weiterbetrieb für die nächsten Jahre nach wie vor gewährleistet. Allerdings sind einige bauliche Anpassungen nötig. Das KG ist nicht Teil der Strafanstalt und gehört somit auch nicht zum OSK. Es untersteht ausschliesslich kantonaler Hoheit.

2.1.3 Projektvorgaben

Gestützt auf diese Erkenntnisse werden folgende Projektvorgaben festgelegt:

Das im Jahr 2007 erstellte Kantonale Gefängnis bleibt bestehen. Der damals umgebaute Nordosttrakt soll auch bestehen bleiben und umgenutzt werden. Aus Kostengründen soll auch der Südosttrakt, das Rote Haus, mit derzeit 23 Einzelzellen bestehen bleiben und saniert werden. Es bleibt den Verfassenden freigestellt, auch das Betriebsgebäude "Werkstätten" bestehen zu lassen und umzubauen sowie zu sanieren, bzw. in den Projektvorschlag zu integrieren. Die 39 Betreuungsplätze mit den dazugehörigen Werkstatt-, Aufenthalts-, Versorgungs- und Gebäudetechnikräumen des heutigen Mittel- und Nordwesttraktes sollen durch einen zeitgemässen Neubau ersetzt werden. Das Gelände des Kantonalen Gefängnisses muss umzäunt sein. Im Bereich der Strafanstalt werden die Wohneinheiten gesichert und die Spazierhöfe umzäunt. Das übrige Gelände - da offener Vollzug - wird detektiert. Die Zufahrtsstrasse und der Wanderweg, welche heute mitten durch die Anstalt führen, müssen aus dem Gefängnis-Perimeter verlegt werden.

2.2 Strassenverkehrsamt

Das Strassenverkehrsamt (STVA) erbringt jährlich rund 28'000 Dienstleistungen mit direktem Kundenkontakt. Dies sind neben Schaltergeschäften vor allem Fahrzeug- und Führerprüfungen. Das STVA ist eine wichtige Visitenkarte der kantonalen Verwaltung. Mit seiner Vielzahl an verschiedenen Standorten für Fahrzeug- und Führerprüfungen und der Trennung von der Abteilung Administration in Trogen, wird das STVA dieser Rolle heute nicht gerecht. Die technischen Fahrzeugprüfungen werden seit Jahren in diversen, fremd eingemieteten Räumlichkeiten an verschiedenen Standorten (Heiden, Grub, Bühler, Stein, Wil SG) durchgeführt. Die Qualitäts- und Sicherheitsvorgaben des Bundes können in diesen Mietobjekten nur zum Teil eingehalten werden. Den Prüfstellen fehlt ein Aussengelände, um Funktionsprüfungen durchzuführen. Praktische Führerprüfungen für Motorräder und Anhänger können aufgrund des fehlenden Aussengeländes für den Motorradparcours und die Manöverübungen bei Anhänger- und Lkw-Prüfungen nicht ab einem Standort in Appenzell Ausserrhoden gefahren werden. Ebenso weisen die Prüfstellen hinsichtlich Kundensicherheit Mängel auf.

Mit einem neuen zentralen Standort im Kanton und einer zeitgemässer Infrastruktur sollen die Defizite behoben werden. Durch die Konzentration der Standorte der verschiedenen Prüfstellen und der Administration des STVA soll die Organisation verbessert sowie die Betriebskosten gesenkt werden. Weiter soll die Qualitätssicherung (Art. 33 der Verordnung über die technischen Anforderungen an Strassenfahrzeuge, VTS; SR 741.41) gewährleistet und durch Vereinfachung sowie Optimierung sowohl die technische und administrative Führung als auch die qualitative Leistung verbessert werden.

Auf der Grundlage der Bedarfsanalyse des STVA und im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des Standortes Gmünden, wurde das Amt für Immobilien beauftragt, die Bedürfnisse des STVA für ein neues, zentrales Strassenverkehrsamt mit Prüfhalle zu evaluieren. Dies hat ergeben, dass sich der Standort Gmünden in Niederteufen für ein zentrales Strassenverkehrs-Prüfungszentrum im Kanton am besten eignet.

2.3 Regional- und Verkehrspolizei

Die Region Hinterland verfügt über einen Regionalpolizeiposten im Polizeikommando Herisau sowie einen Polizeiposten in Urnäsch. In der Region Mittelland befinden sich der Regionalpolizeiposten in Teufen und ein weiterer Polizeiposten in Speicher. In der Region Vorderland besteht nur noch ein Polizeiposten in Heiden. Die Verkehrsgruppe ist in Trogen domiziliert. Der Support-Bereich sowie die Führung sind im Polizeikommando in Herisau stationiert.

Wenn das STVA an einen neuen zentralen Standort verlegt wird und die Verkehrsgruppe der Kantonspolizei in Trogen bleibt, sind die gemeinsame Nutzung von Equipment, die Durchführung von gemeinsamen Kontrollen, der fachliche Austausch und die Expertisen/Erstabklärungen bei Unfällen, mit weiten Wegen und Komplikationen verbunden. Auch die enge Zusammenarbeit der zuständigen Personen im Bereich der Administrativmassnahmen wird erschwert.

Dagegen wird mit einem Standort der Verkehrsgruppe in Niederteufen die Sicherheit im Umfeld der Gefängnisse Gmünden erhöht, denn die Interventionszeiten aus Niederteufen in den Raum Hinterland – wo erfahrungsgemäss die meisten Einsätze stattfinden – sind kürzer als von Trogen.

3. Rahmenbedingungen

3.1 Wettbewerbsgebiet

Das Wettbewerbsgebiet "Gmünden" liegt im westlichen Teil der Gemeinde Teufen AR, Ortsteil Nieder-teufen, auf der Parzelle 1109 und ist ab der Steinerstrasse (Kantonsstrasse Teufen–Stein) erschlossen. Das Gelände liegt in der Zone für öffentliche Bauten und Anlagen (OE, ca. 13'500 m²) und in der Landwirtschaftszone (L). Ein Teil der Landwirtschaftszone ist als Fruchtfolgefläche (FFF) ausgeschieden. Die Zonenfläche für öffentliche Bauten und Anlagen kann aufgrund des Projekts minimal (ca. 10%) angepasst werden. **Die Fruchtfolgefläche soll nicht reduziert werden. Allfällig veränderte Flächenanteile sind zu kompensieren.**

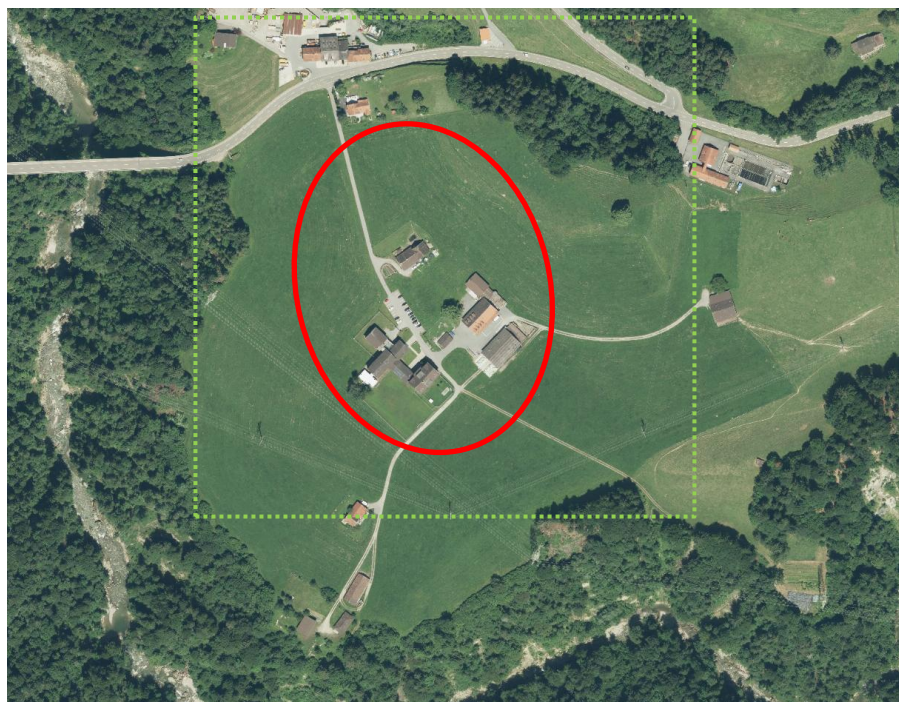
Im Südwesten der bestehenden Gefängnisse führen Hochspannungsleitungen vorbei. Gebäude mit dauernd belegten Räumen müssen einen Abstand von mind. 40.71 m einhalten.


3.1.1 Bearbeitungsgebiet

Zur Bearbeitung der Wettbewerbsaufgabe steht das rot markierte Areal in Gmünden, Ortsteil Nieder-teufen, Gemeinde Teufen AR, zur Verfügung.

3.1.2 Betrachtungsgebiet

Die nähere Umgebung ist insbesondere für die siedlungs- und landschaftsökologischen Vorgaben sehr wichtig. Die Gestaltungsidee ist deshalb auch innerhalb des Betrachtungsgebiets aufzuzeigen. Die Vorschläge im Betrachtungsgebiet sind nicht Bestandteil des Folgeauftrags (vgl. Kapitel 5.1.9), können jedoch Richtlinien für die Zukunft darstellen.



 Bearbeitungsgebiet (provisorisch)

 Betrachtungsgebiet

Abbildung Orthofoto inkl. Gebietsabgrenzungen, Geoportal, 05.05.2020 (massstabslos)

Die massgebenden, verbindlichen Flächen sind im Situationsplan M 1:500 eingetragen.

3.1.3 Dingliche Rechte

Es bestehen zurzeit folgende, für die Wettbewerbsaufgabe relevante, beschränkt dingliche Rechte:

- Durchleitungsrecht von Hochspannungsfreileitungen der Netzbetreiber Swissgrid (2 x 220 kV) und SBB (1 x 132 kV)
- Durchleitungsrecht von Hochspannungsfreileitungen der Netzbetreiber Axpo (110 kV) und SAK (20 kV)
- Dienstbarkeitsvertrag betreffend Durchleitungsrecht einer Druckleitung von der Pumpstation Gmünden zur Abwasserreinigungsanlage Mühliobel durch die Parzelle 1109.

Diese Werkleitungen sind im Grundlagenplan Situation M 1:500 eingezeichnet.

3.1.4 Raumplanung

Im aktuellen Richtplante ist die heutige Bebauung "Teufen, Neubau Untersuchungsgefängnis Gmünden" mit Abstimmungsgrad "Festsetzung" aufgeführt. Dies entspricht nicht der aktuellen Situation, da es sich bei den Gefängnissen Gmünden um eine Strafvollzugsanstalt und ein Kantonales Gefängnis handelt. Dies muss im Richtplante bereinigt werden. Zudem müssen im Richtplante die Vorhaben "Strassenverkehrsamt mit Prüfhalle" (STVA) und "Regional- und Verkehrspolizei" (ReVepo) ergänzt werden.

Der Richtplante sieht Anpassungen (Teiländerungen des Richtplanes) und Fortschreibung (Ziele, Grundsätze, Vorgaben) vor. Für einen Neubau des STVA mit Prüfhalle ist eine Bereinigung der Zone für öffentliche Bauten sowie eine Einzonung von "Landwirtschaftszone" in die "Zone für öffentliche Bauten und Anlagen" nötig. Diese Bereinigung bzw. Einzonung soll die aktuelle Fruchtfolgefläche möglichst nicht verkleinern. Dieser Nachweis der Zonenabgrenzung und Anpassung der Fruchtfolgefläche ist im Projektvorschlag zu erbringen.

Die raumplanerischen Voraussetzungen und notwendigen Verfahren zur Bereinigung der öffentlichen Zone in Gmünden sind durch die kantonalen Ämter und die Gemeinde Teufen AR anhand des Siegerprojektes aufzuzeigen und dem Regierungsrat vorzulegen. Ebenso ist dem Regierungsrat das Resultat des Wettbewerbsverfahrens, namentlich zu den Kostenfolgen zur vollständigen, teilweise oder etapierten Umsetzung der Projekte zur Neubeurteilung vorzulegen.

Der Lösungsvorschlag zur Gestaltung und Nutzung des Betrachtungsperimeters steht somit unter entsprechendem Vorbehalt, bis die raumplanerischen Voraussetzungen und die dazugehörigen Verfahren zur Bereinigung der öffentlichen Zone in Gmünden angepasst sind.

3.2 Erschliessung

3.2.1 Motorisierter Verkehr

Die Zufahrt zu den Gefängnissen und zum STVA sowie der ReVepo hat von der Kantonsstrasse (Steinerstrasse; Teufen–Stein) über die bestehende Erschliessungsstrasse zu erfolgen. Die Strasse muss zu einer zweispurigen Quartiererschliessungsstrasse ohne Trottoir ausgebaut werden. Die Geschwindigkeit auf der Zufahrtsstrasse soll auf 30 km/h begrenzt werden. Die Fahrbahnbreite ist bis zur Ein- und Ausfahrt des Strassenverkehrsamtes mit 6.10 m zu planen. Ab dem Strassenverkehrsamt bis zu den Gefängnissen kann die Fahrbahnbreite auf 5.30 m reduziert werden. Auf einen separaten Fussgänger-/Veloweg kann in der 30er-Zone verzichtet werden. Da es sich bei der Quartiererschliessung um eine Sackgasse handelt, ist am Ende der Strasse ein Wendeplatz für Lastwagen vorzusehen. Dieser kann auch als Vorplatz dienen. Die bestehende Linienführung muss bis ca. 50 m ab der Kreuzung mit der Kantonsstrasse unverändert bleiben und kann anschliessend leicht angepasst werden.

3.2.2 Parkierung

Die Anzahl Parkplätze sind den Raumprogrammen zu entnehmen. Für die Besucher/innen der Gefängnisse, des Strassenverkehrsamtes sowie der Regional- und Verkehrspolizei sind in der Nähe der Zugänge oberirdische Parkplätze anzuordnen. Für die Mitarbeitenden ist eine gemeinsame, unterirdische Parkierung anzustreben.

Zum persönlichen Schutz der Mitarbeitenden darf deren An- und Wegfahrt von den Insassen nicht beobachtet werden können.

Die Parkplätze für Kunden im Strassenverkehrsamt sollen ausserhalb der Betriebszeiten z.B. durch Wanderer oder Badegäste genutzt werden können. Eine Bewirtschaftung der Parkplätze soll geprüft werden.

3.2.3 Fuss- und Veloverkehr

Die Erschliessung für Fussgänger/innen und Velofahrer/innen ist sicherzustellen. Die Anzahl Veloabstellplätze sind den Raumprogrammen zu entnehmen. Zurzeit führen Wanderwege durch das Areal. Sie sind neu so anzuordnen, dass die Gefängnisse umgangen, aber die übergeordneten Anschlüsse gewährleistet bleiben.

3.2.4 Zufahrt für Rettungs- und Feuerwehrfahrzeuge

Als Grundlage für die Dimensionierung und Gestaltung der Zufahrten dient die Richtlinie für Feuerwehruzufahrten, Bewegungs- und Stellflächen (FKS, Februar 2015).

Die Zufahrten zu sämtlichen Gebäuden sind sicherzustellen.



3.3 Gesetzliche und bauliche Vorgaben

3.3.1 Gesetzliche Grundlagen

Es wird generell darauf verwiesen, dass für die Projektierung, Planung und Realisierung kantonaler Hochbauten neben den anerkannten Regeln der Baukunst weiter sämtliche geltenden und anwendbaren Gesetze, Verordnungen, Normen, Richtlinien, Ausführungsbestimmungen usw. einzuhalten sind.

3.3.2 Bauvorschriften

Ein Teil des Wettbewerbsgebietes ist der Zone für öffentliche Bauten und Anlagen (OE) zugeordnet. Sämtliche Bauten und Anlagen aus den Raumprogrammen sind innerhalb der OE anzuordnen. Die Zonenfläche kann in ihrer Form bereinigt und minimal (Zielgrösse total OE ca. 15'000 m²) erweitert werden.

Die Fruchtfolgefläche (FFF), die sich nur innerhalb der Landwirtschaftszone (L) befindet, muss in der Grösse erhalten bleiben. Bei gleichwertiger Qualität der Lage und Neigung sind allfällige Flächenumlegungen (Kompensation) möglich.

Eine neu angeordnete Fruchtfolgefläche muss folgende Kriterien sowie die Zusatzkriterien im Sinne von Minimalanforderungen erfüllen:

1. Kriterium	Klimazone	C (Lage 'Gmünden')
2. Kriterium *	Hangneigung	≤ 18 %
3. Kriterium	Gründigkeit	≥ 50 cm
4. Zusatzkriterium	Effektive Lagerungsdichte	≤ Richtwert (1.7 g/cm ³)
5. Zusatzkriterium	Schadstoffe gemäss VBBo	≤ Richtwerte
6. Zusatzkriterium *	Zusammenhängende Fläche	mind. 2'500 m ² (0.25 ha) Grösse und geeignete Parzellenform
7. Zusatzkriterium *	Abstand zum Waldrand	≥ 10 m

*** Diese Kriterien sind im Wettbewerbsprojekt durch die Verfasser nachzuweisen. Die übrigen Kriterien werden im Bewilligungsverfahren erarbeitet.**

Baureglement der Gemeinde Teufen Art. 16 Abs. 3 (vom 06.02.2007, Stand 2017):

Die Bauweise für die Zone für öffentliche Bauten und Anlagen wird im Einzelfall durch die Baubewilligungskommission festgelegt und ist in der Regel auf diejenige der angrenzenden Zone abzustimmen. Gegenüber angrenzenden Bauzonen gelten deren Grenz- und Gebäudeabstände. Der Gemeinderat kann privaten Trägerschaften gestatten, Bauten und Anlagen zu errichten und zu betreiben, wenn es sich um Einrichtungen im öffentlichen Interesse handelt und der öffentliche Zugang, allenfalls auch gegen Bezahlung, gewährleistet bleibt.

Die Bauweise (Gebäudelängen und Gebäudehöhen) ist den Projektverfassern freigestellt. Es ist auf die Ortsbauliche Situation Rücksicht zu nehmen sowie auf die architektonische Qualität und Gestaltung der Baukörper Beachtung zu schenken.

Das gesamte Wettbewerbsgebiet befindet sich im Eigentum des Kantons Appenzell Ausser Rhoden. Es müssen keine Grenzabstände eingehalten werden.

Gemäss Art. 58 Abs. a des Strassengesetzes (StrG; bGS 731.11) müssen Bauten und Anlagen zur Erschliessungsstrasse einen Abstand von 4.00 m einhalten.



Wenn im Raumprogramm keine Raumhöhen festgelegt sind, können die lichten Höhen im Ermessen des Projektverfassers geplant werden.

Für die Raumhöhen der Arbeitsräume gilt die Verordnung 4 zum Arbeitsgesetz (ArGV 4; Art. 5).

3.3.3 Bestandsbauten

Die bestehenden Bauten auf dem Wettbewerbsgebiet sind in folgende Kategorien eingeteilt:

- muss erhalten werden (Kantonales Gefängnis)
- Umbau/Umnutzung (Rotes Haus, Hauptgebäude Nordosttrakt)
- Abbruch möglich (Hauptgebäude Nordwest- und Mitteltrakt, Werkstattgebäude, inkl. Heizung [Assek-Nr. 1184], Scheune [Assek-Nr. 2098], Remise [Assek-Nr. 1725], Wohnhaus [Assek-Nr. 1187])

Im Situationsplan und in den Bestandsplänen sind die Gebäude der entsprechenden Kategorien markiert.

Die Gebäude der Kategorie "Umbau/Umnutzung" können bei einer besseren Gesamtlösung auch abgebrochen und ersetzt werden. Bei dieser Lösung dürfen die Gesamtkosten nur minimal höher ausfallen (Mehrkosten maximal +10 %) als bei Erhalt und Umbau.

Beim Umbau des Roten Hauses muss die Tragkonstruktion zur Erdbbensicherheit ertüchtigt werden. Der entsprechende Bericht "Beurteilung der Erdbbensicherheit und Massnahmenempfehlung", dat. 06.11.2019, der Gruner Wepf AG, St. Gallen, wird den zum Projektwettbewerb Zugelassenen abgegeben.

Die zum Abbruch vorgesehenen Gebäude können bei einer besseren Gesamtlösung auch weiterverwendet, umgebaut und erneuert werden. Beim Erhalt der Gebäude ist nachzuweisen, dass der gesamte Betrieb der Gefängnisse während den Bauphasen weitergeführt werden kann.

3.3.4 Werkleitungen

Durch das Planungsgebiet verlaufen mehrere Werkleitungen. Diese sind bei der Projekterarbeitung zu berücksichtigen. Bei Bedarf können die quer durch das Bearbeitungsgebiet laufenden Leitungen verlegt werden. Detailliertere Informationen zur Lage (Durchmesser, Tiefe, Gefälle usw.) finden sich auf dem Situationsplan M 1:200.

Nahe der Strafanstalt Gmünden verlaufen zwei Freileitungsanlagen, welche zu berücksichtigen sind. Die Bouyges E&S EnerTrans AG, Niedergösgen, wurde daher durch das Amt für Immobilien beauftragt, die Situation sowie diesbezüglichen Konsequenzen (z.B. Abstände) hinsichtlich Schutz vor nicht ionisierender Strahlung (NIS) zu untersuchen und einen entsprechenden Bericht abzufassen (NISV-Bericht der Swissgrid AG, dat. 09.06.2020, Beilage).

3.3.5 Baugrundverhältnisse

Bericht Geologie folgt mit definitivem Wettbewerbsprogramm.



3.3.5 Brandschutz

Es gelten die Brandschutzvorschriften (Ausgabe 2015) der Vereinigung kantonaler Feuerversicherungen (VKF). Insbesondere wird hinsichtlich Brandabschnitte auf Art. 31ff und bezüglich Flucht- und Rettungswege auf Art. 35ff aufmerksam gemacht.

3.4 Nachhaltigkeit

3.4.1 Grundsätze

Der Auftraggeber verlangt eine nachhaltige Bauweise. Die Bauwerke sollen langlebig, unterhaltsarm und qualitativ hochwertig sein. Der Einsatz von nicht erneuerbaren Ressourcen muss bei der Erstellung und im Betrieb minimiert werden. Zur Umsetzung dieser Ziele sollen die Gebäude den Anforderungen des Standards Nachhaltiges Bauen Schweiz (SNBS, Hochbau Version 2.0) entsprechen. Nachfolgend sind die wichtigsten Aspekte kurz erläutert.

3.4.2 Nutzungsflexibilität

Die Gebäude müssen eine bestmögliche Nutzungsflexibilität aufweisen, dementsprechend sind die statischen Raster zu wählen. Eine konsequente Trennung von Bauteilen mit unterschiedlichen Nutzungszeiten (Systemtrennung) ermöglicht nachträgliche Anpassungen ohne unnötigen Rückbau von Bausubstanz. Ausreichend grosse, zentral gelegene Installationsschächte lassen zudem Änderungen der Nutzungsbedürfnisse und eine flexible Erschliessung zu.

3.4.3 Nutzungsdichte

Je weniger gebaut werden muss, umso geringer sind die Umweltbelastungen, der Ressourcenverbrauch und die Kosten. Deshalb werden hohe Nutzungsdichten und Nutzungsintensitäten angestrebt. Die Gebäude sollen eine effiziente innere Organisation, d.h. ein hohes Verhältnis zwischen Nutz- und Geschossfläche aufweisen.

3.4.4 Nutzungskomfort

Für einen hohen Nutzungskomfort sind gute Tageslichtverhältnisse, innerer Schallschutz und Raumakustik wichtig. Die Oberflächen der Innenräume sind hell zu gestalten. Um den sommerlichen Wärmeschutz sicherzustellen, sind nebst einer entsprechenden Gebäudehülle mit guter Wärmespeicherefähigkeit auch Glasanteile und der aussen liegender Sonnenschutz zu beachten. Bezüglich winterlichem Raumklima sind insbesondere der Kaltluftabfall bei raumhohen Verglasungen und Kaltluftströmungen bei Luftdurchlässen zu vermeiden.

3.4.5 Umweltbelastung Erstellung

Um die Umweltbelastung bei der Erstellung so gering wie möglich zu halten, sind folgende Massnahmen zu beachten:

- kompakte Gebäudevolumen ohne Auskragungen oder Einbuchtungen
- kleine Gebäudevolumen unter Terrain, ohne Vorsprünge gegenüber dem Erdgeschoss
- einfache Tragwerke mit geradliniger Lastabtragung und angemessenen Spannweiten
- einfach aufgebaute Konstruktionen mit sparsamem und nachhaltigem Materialeinsatz wie z.B. Recycling-Materialien, Holz usw.
- sparsamer Technikeinsatz (so viel Gebäudetechnik wie nötig, d.h. Technisierungsgrad möglichst beschränken)

3.4.6 Umweltbelastung Betrieb

Um die Umweltbelastung im Betrieb so gering wie möglich zu halten, sind folgende Massnahmen zu beachten:

- nicht begehbare Dachflächen begrünen und für Photovoltaik-Anlagen nutzen
- Regenwasser zur Bewässerung von Umgebungsflächen nutzen
- langlebige, unterhaltsarme und witterungsbeständige Materialien verwenden
- pflegeleichte Oberflächen, mit geringem Reinigungsbedarf

3.4.7 Ökologie

Das Wettbewerbsgebiet liegt in einer Gegend mit ökologisch und landschaftlich wertvoller Natur. Die Umgebungsgestaltung soll die vorhandenen Qualitäten erhalten und aufwerten um die Aspekte von Biodiversität und ökologischer Vernetzung der Lebensräume konsequent zu fördern.

Bestehende Birken-Gruppe sowie die Linde, wenn möglich, erhalten. Ist dies nicht möglich, ist im Rahmen der Planung Ersatz vorzusehen.

3.5 Hindernisfreies Bauen

Für die gesamte Bebauung inklusive Freiraumgestaltung ist die SIA-Norm 500 einzuhalten. Im Weiteren ist das Merkblatt "Hindernisfreies Bauen" bei Bauten des Straf- und Massnahmenvollzugs (BJ-Bauten) vom Bundesamt für Justiz (BJ) zu berücksichtigen, dat. 24.07.2015.

4. Aufgabenstellung

4.1 Ausgangslage

Die Gebäude der Gefängnisse Gmünden (Strafanstalt und Kantonales Gefängnis) in Niederteufen sind sanierungsbedürftig und entsprechen nicht mehr den Anforderungen für einen zeitgemässen Strafvollzug. Deshalb sollen sie teilweise saniert oder durch Neubauten ersetzt bzw. ergänzt werden. Am selben Standort soll auch ein Neubau für das Strassenverkehrsamt mit Prüfhalle und Räumlichkeiten für die Regional- und Verkehrspolizei geplant werden.

Das Strassenverkehrsamt ist heute auf verschiedene Standorte verteilt und teilweise in privaten Liegenschaften eingemietet. Ein Aussengelände fehlt gänzlich. Mit einem Neubau sollen alle Dienstleistungen zentralisiert und die Abläufe optimiert werden.

Die Regional- und Verkehrspolizei ist auf zwei Standorte im Kanton verteilt und soll zusammengeführt werden. Diese Räumlichkeiten sollen in den Neubau des Strassenverkehrsamtes integriert werden.

Der Souverän wird separat über beide Bauvorhaben (Gefängnisse Gmünden / Strassenverkehrsamt mit Regional- und Verkehrspolizei) entscheiden.

Alle Neubauten und Sanierungen der Gefängnisse Gmünden erfolgen unter Betrieb.

4.2 Aufgabe und Zielsetzung

Auf dem Areal "Gmünden" sind neben den Gefängnissen auch die Bedürfnisse des Strassenverkehrsamtes (STVA) sowie der Regional- und Verkehrspolizei (ReVepo) optimal abzudecken. Da dem Souverän getrennte Abstimmungsvorlagen unterbreitet werden, sind zwei separate, eigenständige Bauwerke zu planen, welche autonom voneinander realisierbar sein müssen. Trotzdem soll der Lösungsvorschlag die heutigen Nutzungsbedürfnisse abdecken und möglichst alle Synergien, besonders in den Bereichen der Erschliessung, Parkierung, Gebäudetechnik, Verpflegung der Mitarbeitenden usw., nutzen und optimal verbinden.

Ziel des Verfahrens ist – auch aufgrund der besonderen und isolierten Lage – ortsbaulich, architektonisch sowie betrieblich herausragende Projektvorschläge zu erlangen. Die Lösungen müssen überzeugen und die Anforderungen des Auftraggebers an eine qualitativ hohe, preisgünstige und zukunftsgerichtete Bebauung, mit betrieblich effizienten Arbeitsabläufen, erfüllen. Neben dem haushälterischen Umgang mit der Grundstücksfläche, ist auch die Konstruktionswahl auf die Planungs- und Realisierungsphasen abzustimmen.

Für beide Nutzungen (Gefängnisse Gmünden und STVA/ReVepo) sollen Projektvorschläge ausgearbeitet werden, die klar etappierbar und eigenständig umsetzbar sind. Die Gefängnisse Gmünden müssen – auch ohne Neubau STVA/ReVepo – auf allen Ebenen eine hohe Qualität aufweisen.



Für alle Bauwerke gelten enge Kostenvorgaben (BKP 1-9):

Gefängnisse Gmünden Kostenobergrenze von 23.5 Mio. Franken inkl. MwSt.

Strassenverkehrsamt mit Prüfhalle und Aussenanlagen 10.8 Mio. Franken inkl. MwSt.

Regional- und Verkehrspolizei 2.35 Mio. Franken inkl. MwSt.

Darin nicht berücksichtigt sind der Landwert und die Restwerte der Bestandesliegenschaften. (ist noch in Klärung)

An den Lösungsvorschlag werden folgende Erwartungen gestellt:

- ortsbaulich und architektonisch überzeugendes Gesamtkonzept, bei dem die Neubauten mit den Bestandesbauten eine verständliche, betrieblich funktionale Gesamtanlage bilden
- Die Strafanstalt Gmünden muss vermehrt auf Nischenangebote setzen, um auch in Zukunft erfolgreich zu sein und die Auslastung auf einem hohen Niveau zu halten. Bei einem Neubau bzw. einer Sanierung der Anstalt ist eine Flexibilisierung bei den Haftplätzen zentral, d.h. die Plätze müssen je nach Bedarf für den offenen, notfalls aber auch für einen Vollzug mit höherer Sicherheit (z.B. mit zusätzlicher Umzäunung) als heute genutzt werden können.
- Mit geschickten Neu- und Umbauten sollen betriebliche Abläufe gestrafft, effizient und personalressourcenschonend gestaltet werden können.
- klare Trennung zwischen den Gefängnissen, dem Strassenverkehrsamt sowie der Regional- und Verkehrspolizei (Vermeidung von Einsicht in die Gefängnisse sowie umgekehrt)
- Bauwerke, die sowohl bei Erstellung als auch im Betrieb und Unterhalt nachhaltig, rationell und wirtschaftlich sind.
- Realisierung der Bauprojekte unter laufendem Betrieb der Gefängnisse Gmünden

4.3 Anforderungen Gefängnisse Gmünden

4.3.1 Gefängnisse Gmünden / Haftplätze

Die Gefängnisse Gmünden bestehen aus der Strafanstalt und dem Kantonalen Gefängnis.

Die Strafanstalt (STAG) weist 62 Betreuungsplätze für Frauen und Männer aus. Die Geschlechter müssen strikt getrennt sein. Es dürfen weder Sichtkontakt noch akustische Verbindungen möglich sein. Gemeinsame Bereiche (z.B. Turnhalle, Besuchseinrichtungen usw.) werden zeitlich getrennt benutzt.

Das Kantonale Gefängnis (KG) hat Platz für 12 Gefangene. Es ist eine geschlossene Anstalt für den Vollzug von Untersuchungs- und Sicherheitshaft, kurzen Freiheitsstrafen sowie der Polizeihaft.

4.3.2 Aufgaben und Ziele des Justizvollzugs

Die Aufgaben des Justizvollzugs umfassen:

- Straf- und Massnahmenvollzug (offener oder geschlossener Normalvollzug, Spezialvollzug)
- Vollzug der Untersuchungs- und Sicherheitshaft
- Bewährungshilfe (Die Bewährungshilfe hat den Auftrag, die von ihr betreuten Personen vor Rückfällen zu bewahren und deren soziale Integration zu fördern.)
- Vollzug anderer Haftformen (z.B. kurze Freiheitsstrafen, fürsorgliche Unterbringung usw.)

Das sogenannte allgemeine Vollzugsziel der Resozialisierung und Rückfallprävention, wird durch vier besondere Vollzugsgrundsätze konkretisiert. So hat der Sanktionenvollzug:

- den allgemeinen Lebensverhältnissen so weit als möglich zu entsprechen (Normalisierungsprinzip);
- die Betreuung der Gefangenen zu gewährleisten (Fürsorgepflicht);
- den schädlichen Folgen des Freiheitsentzugs entgegenzuwirken (Verhinderung der kriminogenen Wirkung);
- dem Schutz der Allgemeinheit, des Vollzugspersonals und der Mitgefangenen angemessen Rechnung zu tragen (Sicherungsprinzip).

Mit den Prinzipien der positiven Spezialprävention soll der Vollzug strafrechtlicher Sanktionen die Wiedereingliederung straffällig gewordener Menschen nachhaltig unterstützen und damit wesentlich zum Schutz der öffentlichen Sicherheit beitragen.

4.3.3 Sicherheitsvorrichtungen

Das Kantonale Gefängnis muss mit einer Einfriedung umgeben sein, die den Ausbruch von Gefangenen verhindert.

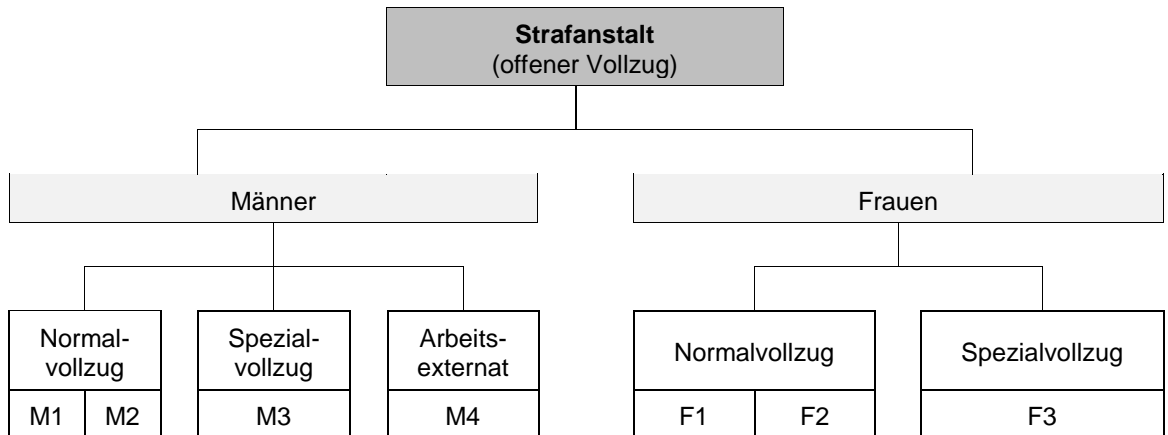
Die Strafanstalt wird als offene Vollzugsanstalt geführt. Das Areal muss nicht umzäunt sein. Trotzdem muss das einfache Entfernen von Gefangenen aus der Strafanstalt unterbunden oder mit Hilfe von Detektoren erkannt und eine frühzeitige Alarmierung ausgelöst werden. Während der Nacht muss die offene Anstalt so sicher sein wie eine geschlossene Einrichtung. Der Wohnbereich muss gesichert sein und der Freizeitbereich im Freien (z.B. Spazierhof, Sportplatz) muss daher umzäunt werden.

Gegen die Einwirkungen Dritter (Ausbruch, Fluchthilfe, Zerstörung) sind bauliche Massnahmen und technische Einrichtungen vorzusehen (z.B. Detektierung).

Die detaillierten Anforderungen sind im Funktionsschema ersichtlich.

4.3.4 Strafvollzugsarten

Die Gefangenen verbüssen ihre Strafe entweder in einer der zwei Abteilungen des Normalvollzugs oder in einer der zwei Abteilungen des Spezialvollzugs. Auch steht eine separate Abteilung für Arbeits-externat und Halbgefangenschaft zur Verfügung. Alle fünf Abteilungen sollen sehr flexibel genutzt werden können, indem die Gruppengrößen variiert werden können.



4.3.4.1 Normalvollzug Frauen

Nach einer kurzen Zeit in der Eintrittsabteilung im Kantonalen Gefängnis wechselt die Gefangene in den Normalvollzug für Frauen. In Einzelfällen kann die Gefangene auch direkt in den Normalvollzug für Frauen integriert werden. Der Normalvollzug für Frauen wird im Gruppenvollzug geführt. Hier wird ihr Tagesablauf von klar festgelegten Zeiten für Arbeitsleistungen in der Wäscherei, Gärtnerei, Textil- und Industriebereich oder Küche, für Essen im Speisesaal und verschiedenen Freizeitaktivitäten bestimmt. Kontakte zu Personen der Sozialarbeit, Therapie und Seelsorge finden während des Tages oder abends während der Freizeit statt. Während der Freizeit können die Gefangenen sich frei im Wohnareal der Anstalt aufhalten, Freizeiträume benützen, Mitgefangene besuchen oder sich in Freizeitgruppen zusammenfinden. Die Wochenenden sind grundsätzlich arbeitsfrei und können von den Gefangenen innerhalb des Wohnbereichs frei gestaltet werden.

Die Abteilung für den Normalvollzug für Frauen soll für 18 Eingewiesene Platz bieten und in zwei Gruppen aufgeteilt werden können. Jeder Gruppe ist ein wohnlich eingerichteter Gruppenwohnraum mit Koch- und Essgelegenheit (oder je ein Raum für Wohnen sowie Kochen/Essen) zugeteilt. Dieser dient folgenden Zwecken:

- Gemeinsames zubereiten und essen von Speisen am Abend oder zum Frühstück sowie auch aller Mahlzeiten z.B. am Wochenende. In diesen Fällen wird die Gruppe durch eine Mitarbeiterin geführt. Die Lebensmittel können in der zentralen Küche bestellt, abgeholt und in der Wohngruppen-Küche gelagert werden.
- Er ist Wohnraum der Gruppenmitglieder. Sie können sich darin im Rahmen der Hausordnung frei bewegen. In diesem Fall ist keine eigentliche Führung der Gruppe, jedoch eine Vor-Ort-Betreuung durch Mitarbeitende beabsichtigt.
- Der Wohnraum dient den Gruppenmitgliedern, welche durch gemeinsame Interessen verbunden sind. In diesem Falle wird die Gruppe durch eine Mitarbeiterin als Gruppenleiterin während der Freizeit geführt.



- Den Gruppenmitgliedern steht es frei, sich im Wohnraum der anderen Wohneinheit zu treffen. Es ist möglich, dass sich Gruppen nach eigener Wahl formieren und mit einer Mitarbeiterin oder einem Mitarbeiter besondere Interessen/Ziele verfolgen.

Aufgrund der verschiedenen Nutzungsmöglichkeiten der Räume sollen die Wohngruppen-Einheiten einerseits zueinander völlig offen sein, andererseits müssen sie durch einfache Massnahmen von der anderen Gruppe getrennt werden können.

4.3.4.2 Normalvollzug Männer

Die Abteilung für den Normalvollzug der Männer soll 22 Gefangenen Platz bieten und in zwei Gruppen aufgeteilt werden können.

Der Ablauf des Eintritts, der Tagesablauf sowie die Einrichtungen und Nutzungsmöglichkeiten sind identisch resp. entsprechen denjenigen des Normalvollzugs für Frauen. Einzig die Arbeitsleistungen der Männer finden in den Werkstätten statt.

4.3.4.3 Spezialvollzug Frauen (behandlungsorientiert)

Wie im Normalvollzug werden die Frauen im behandlungsorientierten Spezialvollzug auch im Gruppenvollzug geführt. Diese Abteilung soll für eine Gruppe mit 5 Gefangenen eingerichtet werden. Die Eingewiesenen müssen z.B. wegen Fluchtgefahr von anderen getrennt werden oder sind psychisch und/oder physisch krank. Sie bleiben in der Regel einige Tage bis einige Monate hier. Tagesablauf und Betreuung richten sich nach einer speziellen Hausordnung. Neben der Arbeit wird die Zeit für individuelle Therapien, kreative Tätigkeiten, mit Spiel und Bewegung, mit Kochen sowie Gesundheitsförderung und Körperpflege genutzt. Ein separater Gruppenwohnraum mit Koch- und Essgelegenheit (oder je ein Raum für Wohnen sowie Kochen/Essen) dient folgenden Zwecken:

- Gemeinsames Mittagessen. Die Speisen werden in der Zentralküche zubereitet und auf die Gruppe geliefert.
- Gemeinsames Zubereiten und Essen von Speisen am Abend oder zum Frühstück. In diesem Fall wird die Gruppe durch eine Mitarbeiterin geführt. Die Lebensmittel können in der zentralen Küche bestellt, abgeholt und in der Wohngruppen-Küche gelagert werden.
- Er ist Wohnraum der Gruppenmitglieder. Diese können sich darin im Rahmen der speziellen Hausordnung frei bewegen. In diesem Fall ist keine eigentliche Führung der Gruppe, jedoch eine Vor-Ort-Betreuung durch Mitarbeitende beabsichtigt.

4.3.4.4 Spezialvollzug Männer (sicherheitsorientiert)

Der sicherheitsorientierte Spezialvollzug für Männer wird im Gruppenvollzug geführt. Diese Abteilung soll eine Gruppe von 10 Gefangenen umfassen. Die Gefangenen müssen z.B. wegen Fluchtgefahr von anderen getrennt werden, verhalten sich teilweise renitent oder sind psychisch und/oder physisch krank. Sie bleiben in der Regel einige Tage bis Jahre hier. Tagesablauf und Betreuung richten sich nach einer speziellen Hausordnung. Der separate Gruppenwohnraum mit Koch- und Essgelegenheit (oder zwei Räume für Wohnen und Kochen/Essen) dient dem gleichen Zweck wie beim Spezialvollzug der Frauen (s. Kapitel 4.2.4.3) und ist sinngemäss anzuwenden.



4.3.4.5 Arbeitsexternate (Halbgefangenschaft)

Im Arbeitsexternat und Halbgefangenschaft verbüssen Straffällige Kurzstrafen bis zu sechs Monaten. Sie arbeiten an ihren angestammten Arbeitsplätzen ausserhalb und rücken nur abends und über die Wochenenden in die Strafanstalt ein.

Das Arbeitsexternat dient der Wiedereingliederung an die Freiheit. Der Gefangene wohnt noch in der Strafanstalt, kann tagsüber aber in der Freiheit arbeiten. Das Arbeitsexternat dauert in Abhängigkeit von der Höhe der Gesamtstrafe bis zu mehreren Monaten.

Diese Abteilung wird in einer Gruppe für 7 Gefangene geführt. Wenn sich der Bedarf ändert, sollen die Räume auch für den Normal- oder den Spezialvollzug genutzt werden können.

4.3.4.6 Kantonales Gefängnis

Das Kantonale Gefängnis (KG) bleibt grundsätzlich bestehen. Es ist in zwei Gruppen à 5 Gefangene aufgeteilt. Jeder Gruppe ist ein Arbeitsraum zugeordnet. Im 2. Untergeschoss stehen zusätzlich 2 Arrestzellen zur Verfügung, die auch die Strafanstalt für disziplinarische Massnahmen nutzt. Das KG ist eine geschlossene Anstalt für den Vollzug von Untersuchungs- und Sicherheitshaft, wie auch kurzen Freiheitsstrafen und Polizeihaft.

Da künftig die Aufnahme, der Eintritt und die Vor-Untersuchungen zentral angeordnet werden sollen, können einzelne, bestehende Räume umgenutzt werden. Details dazu sind dem Raumprogramm zu entnehmen.

4.3.5 Verpflegung

Die Hauptmahlzeit am Mittag wird durch die zentrale Küche bereitgestellt und in die verschiedenen Abteilungen und Gruppen geliefert. Die Mahlzeit wird gruppenweise im jeweiligen Wohn-/Essraum eingenommen. Geeignete Gefangene werden zum Arbeitseinsatz in der Küche eingeteilt. Der Küche ist auch ein Speisesaal für das Personal angegliedert. Dort können sich auch externe Besucher/innen und die Mitarbeitenden des Strassenverkehrsamtes sowie der Regional- und Verkehrspolizei verpflegen.



4.3.6 Generelle Betriebsanforderungen

Die beiden Nutzungseinheiten "Gefängnisse Gmünden" und "Strassenverkehrsamt/Regional- und Verkehrspolizei" können Konfliktpotenzial in sich bergen. Deshalb sind die Gebäudezugänge räumlich zu trennen und die Durchmischung der Besucherströme zu verhindern. Die Privatsphäre der Gefangenen muss gewahrt werden. Die Einblicke in die Zellen, die Spazierhöfe und Arbeitsbereiche sind durch gestalterische Massnahmen zu verhindern. Die Zu- und Wegführung von Gefangenen muss sehr diskret erfolgen können.

Die Aussenbereiche des Strassenverkehrsamtes müssen vor unberechtigtem Zutritt oder Zufahrt geschützt sein. Es benötigt aber keine komplette Umzäunung.

4.4 Anforderungen Strassenverkehrsamt

4.4.1 Aufgaben und Ziele des Strassenverkehrsamtes

Das Strassenverkehrsamt (STVA) ist zuständig für die Verkehrszulassung von Personen und Fahrzeugen im Kanton. Dazu gehört die Durchführung von Fahrzeug- und Führerprüfungen aller Kategorien (siehe Abbildung Fahrzeugkategorien). Zudem bedient und berät das STVA ihre Kundschaft für administrative Geschäfte an Schalter und Telefon sowie auf den digitalen Kanälen.



Fahrzeugkategorien

Die Mitarbeitenden des STVA prüfen jährlich 13'000 Fahrzeuge der Ausserrhoder Bevölkerung auf verkehrssicheren Zustand. Sie fahren jährlich mit 1'400 Einwohnerinnen und Einwohnern eine praktische Führerprüfung und empfangen 13'500 Kunden pro Jahr bzw. deren Vertretungen (Garagisten, Versicherungsagenten usw.) am Schalter für Fahrzeugzulassungsgeschäfte. Insgesamt erbringen sie für den Kanton Appenzell Ausserrhoden jährlich 65'000 gebührenpflichtige Dienstleistungen. Daher ist das STVA eine wichtige Visitenkarte der Kantonalen Verwaltung.

Derzeit ist das STVA auf acht – teilweise auch ausserkantonale – Standorte verteilt. Dies erschwert die interne Zusammenarbeit und ist nicht kundenfreundlich. Ziel des Neubaus ist es, alle Funktionen und Dienstleistungen an einem Ort zu vereinen.

Für das Strassenverkehrsamt mit Prüfhalle sind 10.8 Mio. Franken inkl. MwSt. (BKP 1-9) budgetiert.

4.4.2 Kunden

Die Kunden kommen aus dem ganzen Kanton sowie den Nachbarkantonen. Es handelt sich dabei sowohl um Privatpersonen als auch um Geschäftskunden wie beispielsweise Autogaragen, Fahrlehrer/innen, Transportunternehmungen usw. Es herrscht eine grosse Altersdurchmischung. Den ersten Kontakt mit dem STVA haben viele Kunden mit 14 Jahren, bei der Theorieprüfung zum Mofa-Ausweis. Solange die Fahreignung gegeben ist, bleiben Kundinnen und Kunden dem STVA bis ins hohe Alter treu. Auch behinderte Menschen können Fahrzeuge führen. Für alle Kunden ist der hindernis- und barrierefreie Zugang zu den Räumlichkeiten des STVA daher unabdingbar.



4.4.3 Dienstleistungen

4.4.3.1 Schaltergeschäfte

Am Kundenshalter des STVA werden für Laufkundschaft Dokumente verarbeitet um Fahrzeuge an- und abzumelden, Kontrollschilder abgeholt oder deponiert, Dokumente erneuert bzw. geändert und finanzielle Geschäfte erledigt. Ebenso werden Prüfungstermine vergeben. Die durchschnittliche Dauer eines Schaltergeschäftes beträgt 5–10 Minuten. Es wird eine möglichst kurze Wartezeit angestrebt. Die Privatsphäre soll möglichst gross sein. Zwischen den einzelnen Schaltern soll die Einsehbarkeit gering und die Geräuschdämmung hoch sein. Aus dem Wartebereich sollen keine Einblicke auf die Vorgänge am Schalter möglich sein.

4.4.3.2 Führerprüfungen

Die Führerprüfungen für Motorräder (Kategorie A, –A, A1) bestehen aus zwei Teilen. Als erstes muss der/die Fahrzeugführer/in einen Manöverparcours absolvieren. Dieser befindet sich auf dem Aussengelände der Prüfhalle. Die genauen Anforderungen sind dem Kapitel 4.4.4 zu entnehmen. Nach erfolgreichem Abschluss dieses Parcours folgt die Prüfung im Strassenverkehr.

Die Führerprüfungen der Kategorien B, C, D mit Unterkategorien, erfolgen hauptsächlich auf öffentlichen Strassen. Für diese Fahrzeuge müssen somit nur kurzfristige Parkplätze für Begrüssung und Vor- bzw. Nachbesprechung der Prüfung zur Verfügung stehen. Bei Führerprüfungen mit Anhängern startet die Prüfung in abgehängtem, bzw. abgesatteltem Zustand. Die Parkplätze müssen so angelegt sein, dass das Zugfahrzeug neben dem Anhänger abgestellt werden kann. Idealerweise sollten die Fahrmanöver der Anhängerprüfungen (z.B. Rückwärtsfahren um Kurve usw.) auf dem Aussengelände der Prüfhalle stattfinden können.

4.4.3.3 Theorieprüfungen

Jeder praktischen Führerprüfung geht eine Theorieprüfung voraus. Um die Anreise für die Nichtlenker/innen zu erleichtern ist es vorstellbar, diese Prüfungen auch weiterhin in Trogen und/oder Herisau anzubieten. Trotzdem soll im Neubau ein Raum für Theorieprüfungen, welcher auch als Sitzungszimmer genutzt werden kann, vorgesehen werden.

4.4.3.4 Fahrzeugprüfungen

Die Fahrzeugprüfungen finden in der Prüfhalle und auf dem Aussengelände statt. Die Kundin bzw. der Kunde parkiert ihr/sein Fahrzeug auf den dafür vorgesehenen Parkplätzen und begibt sich mit den Fahrzeugunterlagen an den Empfang. Der zuständige Verkehrsexperte nimmt nach der Kundenbegrüssung die Unterlagen in Empfang und begibt sich zum Fahrzeug. Die Kundin bzw. der Kunde kann auf Wunsch die Prüfung begleiten oder die Prüfungsdauer in den Aufenthaltsräumen oder ausserhalb des Gebäudes im klar definierten Besucherbereich verbringen. Nach der Prüfung parkiert der Verkehrsexperte das Fahrzeug auf den dafür vorgesehenen Parkplätzen. Hat die Kundin bzw. der Kunde die Prüfung begleitet, erfolgt die Resultatbekanntgabe und Verabschiedung direkt beim Fahrzeug, andernfalls am Empfang.



Der Ablauf der Fahrzeugprüfung ist je nach Fahrzeugart unterschiedlich:

Motorräder, Klein-, Leicht- und dreirädrige Motorfahrzeuge (Mofa/E-Bike):

- Schritt 1 Empfang, Dokumente prüfen, Prüfung starten
- Schritt 2 Identifikation
- Schritt 3 Fahrt in die Prüfhalle; Hochheben per Motorradhebebühne
- Schritt 4 Armaturen, Kontrollinstrumente, Sicht, Ausrüstung
- Schritt 5 Fahrgestell, Antriebsstrang, Abgasanlage, Achsen, Lenkung, Bremsanlage, Räder, Reifen und Aufhängung
- Schritt 6 Beleuchtungseinrichtungen, elektrische Anlage, Karosserie
- Schritt 7 übrige Ein- und Vorrichtungen
- Schritt 8 Probefahrt
- Schritt 9 Ergebnis erfassen, Prüfung abschliessen, Ergebnis mitteilen, Erklärung weiteres Vorgehen, Dokumente abgeben, Verabschiedung

Schritt 8 kann wahlweise vor Schritt 3 stattfinden.

leichte und schwere Personenwagen, leichte Motorwagen, Lieferwagen, Kleinbusse, leichte Transport- und Wohnanhänger, Motoreinachser

- Schritt 1 Empfang, Dokumente prüfen, Prüfung starten
- Schritt 2 Identifikation
- Schritt 3 Fahrt in die Prüfhalle (Vorraum)
- Schritt 4 Abgasmessung
- Schritt 5 Bremsprüfung
- Schritt 6 Radaufhängungstest, Stossdämpfer-Prüfstand
- Schritt 7 Fahrt in die Prüfhalle, hochheben per Hebebühne oder Inspektion auf Prüfgrube leicht
- Schritt 8 Innenraum, Armaturen, Kontrollinstrumente, Sicht, Ausrüstung
- Schritt 9 Fahrgestell, Antriebsstrang, Abgasanlage, Achsen, Lenkung, Bremsanlage, Räder, Reifen und Aufhängung
- Schritt 10 Beleuchtungseinrichtungen, elektrische Anlage, Karosserie aussen
- Schritt 11 übrige Ein- und Vorrichtungen
- Schritt 12 Probefahrt
- Schritt 13 Ergebnis erfassen, Prüfung abschliessen, Ergebnis mitteilen, Erklärung weiteres Vorgehen, Dokumente abgeben, Verabschiedung

Schritt 12 kann wahlweise vor Schritt 3 stattfinden.

schwere Motorwagen, Lastwagen, Sattelschlepper, Gesellschaftswagen, landwirtschaftliche Motorfahrzeuge, schwere Transport- und Wohnanhänger, landwirtschaftliche Anhänger, Arbeitsmotorwagen und Arbeitsanhänger, Ausnahmefahrzeuge, gewerbliche Motorkarren

- Schritt 1 Empfang, Dokumente prüfen, Prüfung starten
- Schritt 2 Identifikation
- Schritt 3 Fahrt in die Prüfhalle
- Schritt 4 Bremsprüfung
- Schritt 5 Radaufhängungstest
- Schritt 6 Inspektion auf Prüfgrube schwer
- Schritt 7 Innenraum, Armaturen, Kontrollinstrumente, Sicht, Ausrüstung
- Schritt 8 Fahrgestell, Antriebsstrang, Abgasanlage, Achsen, Lenkung, Bremsanlage, Räder, Reifen und Aufhängung
- Schritt 9 Beleuchtungseinrichtungen, elektrische Anlage, Karosserie aussen



Schritt 10 übrige Ein- und Vorrichtungen

Schritt 11 Probefahrt

Schritt 12 Ergebnis erfassen, Prüfung abschliessen, Ergebnis mitteilen, Erklärung weiteres Vorgehen, Dokumente abgeben, Verabschiedung

Schritt 11 kann wahlweise vor Schritt 3 stattfinden.

Während der Probefahrt auf dem Aussengelände der Prüfhalle wird bei allen Kategorien Folgendes geprüft:

- korrekte Anzeige der Geschwindigkeit (Vorbeifahrt ca. 50 km/h)
- dynamisches Brems- und Lenkverhalten
- diverse fahrzeugspezifische Funktionskontrollen

Bei technischen Prüfungen von geänderten bzw. neu aufgebauten Fahrzeugen werden auf dem Aussengelände folgende Prüfungen durchgeführt:

- Lärmmessung
- Wendekreis- und Ausschwenkmassmessung
- Verzögerungsmessung
- bestimmen des Fahrzeuggewichts auf 60t Brückenwaage

4.4.4 Anlage / Betriebseinrichtungen

4.4.4.1 Prüfhalle

In der Prüfhalle finden die Fahrzeugprüfungen statt. Die Sicherheit der Mitarbeitenden, aber auch der Kunden, hat höchste Priorität. Für die Durchführung werden folgende Anlagen benötigt:

- Prüfhalle leichte Fahrzeuge Vorraum
Brems- und Stossdämpferprüfstand, Schnellspurprüfplatte, Abgastester (mobil)
- Prüfhalle leichte Fahrzeuge
5 PKW-Lifte, 1 Motorradlift, 1 Kleintransporter-Prüfgrube
- Prüfhalle schwere Fahrzeuge
Bremsprüfstand, 1 Lkw-Prüfgrube, 2 Abgasabsauganlagen je links und rechts über gesamte Hallenlänge

Die Anordnung der Prüfanlagen soll einen möglichst effizienten Prüfbetrieb ermöglichen. Die Arbeitsplätze/PKW-Lifte müssen jeweils unabhängig befahrbar sein; Prüfungsabläufe von Fahrzeugen der gleichen Art sollen sich gegenseitig nicht beeinflussen, insbesondere bei unterschiedlicher Prüfungsdauer und -inhalten. Unnötige Wege werden vermieden. Arbeitsmittel sollen direkt an den Arbeitsplätzen verfügbar sein (Prüfgeräte, Werkzeug, PC, Drucker). Die Wege der verschiedenen Fahrzeuge sollten sich nicht unnötig kreuzen. Prüfschritte mit Emissionen (Geräusch, Abgase) sind räumlich von den emissionsarmen Prüfschritten zu trennen. Die Prüfbahn für schwere Fahrzeug ist räumlich von den anderen Prüfbahnen abgetrennt.



4.4.4.2 Administration

In einem weiteren Gebäudeteil befinden sich die Schalter, Büros, sanitären Anlagen für Mitarbeitende und Kunden, Garderoben, Sitzungszimmer, ein Aufenthaltsbereich für Kunden und ein Pausenraum inkl. Küche für Mitarbeitende.

Wichtig ist die Trennung der Bereiche für Kunden und Mitarbeitende. Der Bereich der Mitarbeitenden ist für Kunden nicht zugänglich. Aus dem Funktionsschema (Beilage B3b) ist ersichtlich, wie die Bereiche miteinander und zur Prüfhalle hin verbunden sind. Die Administration STVA und die Räume der ReVepo sind im selben Gebäudeteil untergebracht. Einige Räume teilen sich die beiden Organisationseinheiten (siehe Raumdispositiv). Das Raumdispositiv schlägt die Verteilung der Räume auf die Stockwerke vor. Diese Verteilung kann angepasst werden, wenn dadurch eine verbesserte Situation erreicht werden kann.

4.4.4.3 Aussenflächen

In unmittelbarer Umgebung der Prüfhalle befinden sich die Besucher-Parkplätze (Fahrrad, Motorrad und Auto), der Motorradparcours, die Prüfstrecke sowie die Wartebereiche für Fahrzeug- und Führerprüfungen aller Kategorien. Wichtig ist, dass die drei Besucherströme (Fahrzeugprüfungen, Führerprüfungen, Laufkundschaft Administration) klar getrennt werden. Parkplätze für Schaltergeschäfte sollten getrennt von den Parkplätzen der Fahrzeug- und Führerprüfungen sein. Auf dem Gelände sind Verkehrskreuzungen zu vermeiden. Auf der Prüfstrecke werden die Autos auf bis zu 60 km/h beschleunigt, deshalb ist diese klar abzugrenzen und von den Kunden zu trennen. Motorradprüfungen finden nicht täglich statt. Der Bereich des Prüfparcours kann daher zeitweise auch durch andere Nutzungen belegt werden z.B. Kreisbahn, Geräuschmessungen, Manöver Anhängerprüfungen.

Trotz der verschiedenen Nutzungen soll die zur Verfügung stehende Fläche so nutzungsoptimiert, vielseitig und flexibel wie möglich genutzt werden. Ziel ist, die Aussenflächen so wenig wie möglich zu versiegeln. Wo möglich und sinnvoll sollen versickerungsfähige Aussenbeläge verwendet werden.

4.4.4.4 Untergeschosse

Die Tiefgarage wird von der STAG, dem STVA und der ReVepo gemeinsam genutzt. Hier werden die Parkplätze für Mitarbeitende, Lagerflächen, Flächen für Technik, usw. untergebracht.

4.4.6 Verpflegung

Weder Restaurants noch Läden befinden sich in Gehdistanz. Deshalb sollen für die Mitarbeitenden aller drei Organisationseinheiten Angebote für Zwischen- und/oder Mittagsverpflegungen im Speisesaal für das Gefängnispersonal geschaffen werden, selbstverständlich getrennt von den Gefangenen (siehe Kapitel 4.3.5). Im Gebäudeteil des STVA/ReVepo steht den Mitarbeitenden ein Pausenraum mit Küche zur Verfügung (gemeinsame Nutzung StVA/ReVepo). Der Raum bietet Möglichkeiten für gemeinsame Mittags- und Kaffeepausen. Der Raum soll auch über einen Aussenbereich und bequeme Sitzgelegenheiten verfügen.



4.5 Anforderungen der Regional- und Verkehrspolizei

4.5.1 Aufgaben der Regional- und Verkehrspolizei

Die bei der Regional- und Verkehrspolizei (ReVepo) tätigen Kantonspolizistinnen und Kantonspolizisten stellen die verkehrs-, kriminal- und sicherheitspolizeiliche Grund- sowie Spezialversorgung im gesamten Kanton Appenzell Ausserrhoden während 365 Tagen (resp. 366 Tagen) im Jahr sicher. Die ReVepo kann auch als "Feuerwehr" bezeichnet werden, weil sie überall dort eingesetzt wird, wo schnelles polizeiliches Handeln nötig ist, z.B. bei Hilfeleistungen, Unfällen, Verbrechen usw. Mit Streifenwagen patrouillieren die uniformierten Polizistinnen und Polizisten der ReVepo am Tag und auch in der Nacht und sind erste Ansprechpartner/innen für Bürgerinnen und Bürger in jeder Lebenslage.

Die Mitarbeitenden der ReVepo arbeiten entweder bei einem der fünf im Kanton verteilten Polizeiposten oder der Verkehrsgruppe in Trogen.

Für den Bau der Räumlichkeiten der Regional- und Verkehrspolizei sind 2.35 Mio. Franken inkl. MwSt. budgetiert.

4.5.1.1 Aufgaben der Verkehrsgruppe

Die Mitarbeitenden der Verkehrsgruppe (als Teil der ReVepo) sind täglich, rund um die Uhr, mit den Herausforderungen, welche sich aus dem Strassenverkehr des Kantons Appenzell Ausserrhoden ergeben, konfrontiert. Sie sind Ansprechpersonen, was die Strassenverkehrsgesetzgebung (SVG), Fahrzeugtechnik betreffen und führen verschiedene Verkehrskontrollen durch, bearbeiten Verkehrsunfälle und agieren dabei als Spezialisten. Bei komplexeren Fällen im Bereich SVG werden die Mitarbeiter/innen der Verkehrsgruppe beigezogen.

Innerhalb der Abteilung betreuen die Mitarbeitenden diverse Fachgebiete, namentlich zu Themen wie Landwirtschaft, Geschwindigkeitskontrollen, Zweirad/Trendfahrzeuge, Verkehrsunfall, Transport gefährlicher Güter (ADR/SDR), Einhaltung Ruhezeiten gemäss Chauffeurverordnung (ARV) sowie Fahrzeugtechnik (vom Pkw bis zum Lastwagen/Gesellschaftswagen).

Der Support-Bereich der ReVepo verarbeitet die Geschwindigkeitsmessungen (Auswertung der erstellten Bilder, Versand der Ordnungsbussen, Aufgleisung des ordentlichen Verfahrens usw.). Ebenfalls dem Support-Bereich angegliedert ist die Verkehrstechnik (Verkehrsanordnungen, -signalisationen) sowie die Verkehrserziehung in Schulen.

Von aussen betrachtet stellen alle Tätigkeiten separate Teilbereiche dar. Sie sind bei näherer Betrachtung jedoch eng miteinander verknüpft und haben Abhängigkeiten. Aus diesem Grund sind kurze Wege für direkte Absprachen essentiell.



4.5.2 Anlage und Betriebseinrichtungen

4.5.2.1 Administration

Die ReVepo hat keinen direkten öffentlichen Kundenkontakt und benötigt keinen Schalter. Die Büroflächen dienen nebst dem Durchführen von Einvernahmen einzig den Mitarbeitenden. Wichtig ist eine möglichst direkte Verbindung zu den separaten Umkleideräumen und ins Untergeschoss. In diesem stehen die Einsatzfahrzeuge und -ausrüstungen zur Verfügung. Sie müssen bei einem Einsatz schnell erreicht werden können.

4.5.2.2 Untergeschosse

Die Ansprüche sind dieselben wie in Kapitel 4.4.4.4 beschrieben. Hinzu kommt, dass der Bereich für die Einsatzfahrzeuge der ReVepo abgeschlossen sein muss. Hier haben nur die Mitarbeitenden der ReVepo Zutritt. Für die Aufbewahrung von beschlagnahmten oder gefundenen Zweiradfahrzeugen werden separate Abstellplätze (abgetrennt von Einsatzfahrzeugen) benötigt.

4.5.2.3 Prüfhalle

Die Anlagen und technische Gerätschaften des STVA werden teilweise von der Verkehrsgruppe mitbenutzt.

4.5.2.4 Aussenbereiche

Die ReVepo benötigt einen abschliessbaren Bereich, um beschlagnahmte Fahrzeuge sicher abzustellen. Diese Fahrzeuge können beschädigt oder fahruntauglich sein, daher ist die Unterbringung im Untergeschoss schwierig (siehe Raumprogramm).

Eine grosse Gefahr geht von Elektrofahrzeugen aus. Sollte ein Elektrofahrzeug aufgrund eines Defektes oder einer Beschädigung in Brand geraten, lässt sich dieser mit üblichen Mitteln nicht mehr löschen. Ein Fahrzeugbrand (z.B. Batteriezellenschluss usw.) kann unerwartet und einige Tage nach der Beschädigung eintreten. Für eine entsprechend sichere Unterbringung muss gesorgt werden (allenfalls Löschcontainer).

Die Dauer der Sicherstellung von Fahrzeugen ist schwer abzuschätzen und hängt von der Länge des Strafverfahrens ab. Es werden mindestens 4 Abstellplätze für Personenwagen benötigt.

4.5.3 Verpflegung

siehe Kapitel 4.3.5 und 4.4.6



4.6 Raumprogramme

Die detaillierten Raumprogramme liegen diesem Wettbewerbsprogramm als separate Dokumente bei. Dabei ist zu beachten:

- Bei den Flächenangaben der aufgeführten Räume handelt es sich um Nettonutzflächen.
- Räume mit einer Zuordnung nach Gebäude, Geschoss und Raum-Nummer sollen am bisherigen Ort in den Altbauten belassen werden.
- Sowohl Neu- als auch Altbauten sind hindernisfrei auszubilden.
- Im Raumprogramm sind keine Erschliessungsräume, Treppenhäuser und Liftanlagen aufgeführt. Sie sind in der notwendigen Anzahl und Grösse pro Funktionsbereich anzuordnen.



5. Wettbewerbsverfahren

5.1 Allgemeine Informationen

Das Konkurrenzverfahren wird als einstufiger Projektwettbewerb im selektiven Verfahren durchgeführt. Die Beurteilungssitzungen sind nicht öffentlich. Das Verfahren und die spätere Geschäftsabwicklung erfolgen in deutscher Sprache.

5.1.1 Auftraggeber

Auftraggeber ist der Kanton Appenzell Ausserrhoden, vertreten durch das Amt für Immobilien. Die Federführung liegt beim Amt für Immobilien.

5.1.2 Gesetzliche Grundlagen

Der Projektwettbewerb untersteht dem Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen (GöB; bGS 712.1), der Verordnung über das öffentliche Beschaffungswesen (VöB; bGS 712.11) sowie der interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB; bGS 712.2).

Es gilt die Ordnung SIA 142, Ausgabe 2009, subsidiär zu den Bestimmungen über das öffentliche Beschaffungswesen, soweit sie diesem Programm und den übergeordneten Bestimmungen nicht widerspricht. Mündliche Auskünfte werden nicht erteilt.

5.1.3 Ausschreibung

Die Ausschreibung wird zeitgleich in den folgenden Publikationsorganen veröffentlicht:

- Amtsblatt Appenzell Ausserrhoden
- Simap (elektronische Plattform für öffentliche Ausschreibungen) www.simap.ch
- Zusammenfassung der Ausschreibung im Schweizerischen Handelsamtsblatt (SHAB)

Die Unterlagen können ausschliesslich auf www.simap.ch bezogen werden.



5.1.4 Verbindlichkeit und Rechtsschutz

Durch die Teilnahme an der Ausschreibung bzw. am selektiven Projektwettbewerb anerkennen die Teilnehmenden die Programmbestimmungen und die Entscheide des Beurteilungsgremiums in Ermessensfragen.

Ausschliesslicher Gerichtsstand ist Herisau, anwendbar ist schweizerisches Recht.

Sämtliche im Rahmen des selektiven Verfahrens eingereichten Unterlagen gehen in das Eigentum des Auftraggebers über.

Die Teilnehmenden bleiben Inhaber/in der Urheberrechte, übertragen jedoch deren Verwendungsrechte, insbesondere zu Publikationszwecken – unter Wahrung des Namensnennungsrechts sowie das Vervielfältigungsrecht – auf den Auftraggeber, soweit dies der Zweck des Verfahrens erfordert.

Mit der Annahme des Weiterbearbeitungsauftrages verpflichten sich die Projektverfasser/innen, die Nutzungs-, Verwendungs-, Änderungs- und Realisierungsrechte nach den Usanzen des Kantons Appenzell Ausserrhoden bzw. des KBOB dem Auftraggeber zu übertragen. Vorbehalten bleiben die nicht abtretbaren Persönlichkeitsrechte wie das Recht auf Namensnennung.

Gegen Entscheidungen des Preisgerichts in Ermessensfragen kann nicht rekuriert werden. Art. 28 der SIA-Ordnung 142 sowie das Reglement über das Beschwerdeverfahren für Architekturwettbewerbe gelangen nicht zur Anwendung.

5.1.5 Vertraulichkeitserklärung

Das Preisgericht und die Bewerber/innen verpflichten sich, alle erhaltenen Informationen und Unterlagen vertraulich zu behandeln und weder unbeteiligten Drittpersonen zugänglich zu machen, noch ohne vorheriger Zustimmung seitens Auftraggeber darüber zu berichten.

Bei der Weiterbearbeitung kann von allen an der Planung und Ausführung beteiligten Personen ein Strafregistrauszug eingefordert werden.

5.1.6 Teilnahme

5.1.6.1 Teilnahmeberechtigung

Teilnahmeberechtigt sind Fachleute aus dem Fachbereich Architektur mit Wohn- oder Geschäftssitz in der Schweiz und in Ländern, die das GATT/WTO-Übereinkommen unterzeichnet haben. Stichtag für die Erfüllung der Bedingungen ist das Einreichungsdatum für die Präqualifikation.

Die von der Bewerberin und dem Bewerber zu erbringenden Angaben sind im Dokument "Bewerbungsformular Präqualifikation" enthalten. Die formellen Angaben sind durch die Bewerber/innen selbst zu deklarieren. Falsche, fehlende oder irreführende Angaben sind ein Ausschlussgrund während des Verfahrens.

Nicht teilnahmeberechtigt ist, wer beim Auftraggeber, einem Mitglied des Preisgerichts oder einem im Wettbewerbsprogramm aufgeführten Experten resp. einer Expertin angestellt ist, nahe verwandt ist oder in einem beruflichen Abhängigkeits- oder Zusammengehörigkeitsverhältnis steht.

An dieser Stelle wird ausdrücklich auf die präzisierenden und weitergehenden Ausführungen in der Wegleitung der SIA-Kommission "Befangenheit und Ausstandsgründe bei Mitgliedern des Preisgerichtes und den Teilnehmenden von Planungswettbewerben" (August 2004) verwiesen. Es ist die Pflicht der Teilnehmenden, bei nicht zulässigen Verbindungen zum Auftraggeber oder zu Mitgliedern des Preisgerichts oder Experten auf eine Teilnahme zu verzichten. Bei Zuwiderhandlung erfolgt der Ausschluss vom Verfahren.

Die Bildung von Arbeitsgemeinschaften ist zulässig. Die Verantwortung tragen die Bewerbungsteams selbständig. Die Federführung und die Rechtsform der Zusammenarbeit sind im Bewerbungsformular Präqualifikation zu deklarieren. Doppel- und Mehrfachbewerbungen sind nicht zulässig. Alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft müssen das Formular "Bewerbungsformular Präqualifikation" und die Selbstdeklaration/Bestätigung des Anbieters (Beilage) vollständig und wahrheitsgetreu ausfüllen, unterzeichnen oder eine schriftliche Vollmacht beilegen und gleichzeitig mit der Bewerbung einreichen.

Der Beizug von Fachplanenden ist zulässig. Die Angaben zu den beigezogenen Fachplanenden sind im Formular "Verfasserblatt" zu erbringen. Es ist den Teilnehmenden überlassen, ob der Beizug von Fachplanenden z.B. aus den Bereichen Landschaftsarchitektur, Safety (Personen-Sicherheit, Brandschutz), Security (Kriminalprävention) bereits in der Wettbewerbsphase erforderlich ist. Vom Auftraggeber wird dies nicht gefordert. Beigezogene Fachplanende können bei mehreren Projektvorschlägen mitwirken. Es ist in diesem Fall Sache der Bewerber/in, die Anonymität innerhalb des Planungsteams sicherzustellen.

5.1.6.2 Nachwuchsförderung

Im Sinne der Nachwuchsförderung wird das Preisgericht von den 25 zum Wettbewerb zugelassenen Architekturbüros maximal 5 Nachwuchsbüros für die Teilnahme am Projektwettbewerb auswählen. Architekturbüros, die sich als Nachwuchsbüros bewerben, haben dies auf der Bewerbung explizit zu deklarieren. Beim Antrag auf Teilnahme als Nachwuchsbüro darf das Alter der geschäftsführenden Person maximal 35 Jahre betragen (Jahrgang 1985 und jünger).

5.1.6.3 Ausgewählte Teilnehmende

Wird nach der Präqualifikation ergänzt.



5.1.7 Entschädigung

Die Aufwendungen für die Präqualifikation werden nicht entschädigt.

Für den anonymen Projektwettbewerb stehen für feste Entschädigungen der Teilnehmenden und für Preise gesamthaft Fr. 210'000.– (inkl. MwSt.) zur Verfügung. Die Gesamtsumme wird ausgerichtet. Jedes Architekturbüro/Planungsteam erhält nach korrekter Abgabe eines Projektvorschlags und Erfüllung der Aufgabenstellung Fr. 5'000.– (inkl. MwSt.) als feste Entschädigung.

5.1.8 Preisgericht

Das Beurteilungsverfahren ist anonym. Die eingereichten Projektvorschläge werden von einem Preisgericht beurteilt, das sich wie folgt zusammensetzt:

Fach-Preisrichter/innen (mit Stimmrecht)

- Jürg Schweizer, dipl. Architekt FH/SIA, MAS REM,
Leiter Amt für Immobilien, Kantonsbaumeister (Vorsitz)
- Werner Binotto, dipl. Architekt HBK/BSA/SIA, Altstätten
- Hubert Bischoff, Architekt BSA; Hubert Bischoff Architekturbüro AG, Wolfhalden
- Regula Harder, dipl. Architektin ETH/SIA/BSA;
Harder Spreyermann Architekten ETH/SIA/BSA AG, Zürich
- Myrjam Zoller, dipl. Architektin FH SIA; hutterzoller Architektur GmbH, St. Gallen
- Kurt Knöpfel, dipl. Architekt HTL, stv. Kantonsbaumeister, Leiter Hochbauten und Unterhalt (Ersatz)

Sach-Preisrichter (mit Stimmrecht)

- Regierungsrat Hansueli Reutegger, Vorsteher Departement Inneres und Sicherheit
- Regierungsrat Paul Signer, Vorsteher Departement Finanzen
- Landammann Alfred Stricker, Vorsteher Departement Bildung und Kultur (Ersatz)

Expertin/Experten (Sachpreisrichter/in mit beratender Stimme)

- Alexandra Horvath, Direktorin Gefängnisse Gmünden
- Kurt Pfeuti, Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD, Bundesamt für Justiz BJ, Direktionsbereich Strafrecht, Fachbereich Straf- und Massnahmenvollzug
- Andreas Vetsch, Leiter Strassenverkehrsamt
- Roman Pachler, Leiter Regional- und Verkehrspolizei
- Bruno Wegmüller, Architekt FH, Bauökonom AEC; E'xact Kostenplanung AG, Worb
- Olaf Wolter, dipl. Kulturingenieur ETH SIA, Dipl. Raumplaner NDS ETHZ, Fachexperte, leitender Raumplaner; Suter von Känel Wild, Planer und Architekten AG, Zürich
- Severin Lenel, Architekt, Umweltingenieur; Intep Integrale Planung GmbH, St. Gallen
- Martin Gassner, dipl. Umweltingenieur FH; Arnal Büro für Natur und Landschaft AG, Herisau
- Rolf Walther, Security-Experte, Oberentfelden

Vorprüfung

- Jürg Mörtlseder, dipl. Architekt FH, Projektleiter Amt für Immobilien
- Rowena Schmocker, MSc ETH RE&IS, Projektleiterin Amt für Immobilien

Bei Bedarf können weitere Experten und Expertinnen sowie Vertretungen des Auftraggebers mit beratender Stimme beigezogen werden.



5.1.9 Weiterbildung und Auftrag (Absichtserklärung)

5.1.9.1 Allgemein

Nach Abschluss des Wettbewerbsverfahrens werden alle Teilnehmenden mit dem Bericht des Preisgerichtes über das Resultat des Wettbewerbs orientiert. Telefonische Auskünfte werden nicht erteilt.

Der Auftraggeber beabsichtigt, entsprechend dem Resultat der Beurteilung und den Empfehlungen des Preisgerichtes, die Verfasser/innen des vom Preisgericht zur Ausführung empfohlenen Projektes mit der Weiterbildung (Teil- oder Gesamtleistung) der Bauaufgabe zu beauftragen. Vergabebehörde ist die kantonale Hochbaukommission Appenzell Ausserrhoden.

Vorbehalten bleibt die privatrechtliche Einigung über den Honorarvertrag. Allfällig nachträglich als notwendig erachtete Zusatzleistungen können freihändig vergeben werden. Der Auftraggeber behält sich vor, zugezogene Fach-Planungsbüros neu zu bestimmen oder Planungsteams zu ergänzen. Bei Einstimmigkeit kann das Preisgericht auch einen Ankauf zur Weiterbildung empfehlen.

Für die weitere Projektbearbeitung bleiben die notwendigen raumplanerischen Entscheide, die Baubewilligung und die Kreditgenehmigung durch die jeweils zuständigen Instanzen vorbehalten.

Die Anbietenden erklären mit der Abgabe eines Projekts, über die Urheberrechte an ihrem Projekt zu verfügen. Sie sichern zu, dass keine Rechte Dritter, insbesondere Urheberrechte, verletzt werden. Die Urheberrechte verbleiben bei den Verfassenden.

Die Pläne und Modelle der prämierten Wettbewerbsarbeiten gehen ins Eigentum des Veranstalters über. Die übrigen Projekte können von den Verfassenden nach Ende der Ausstellung zurückgenommen werden.

Nach Abschluss der Verträge der Planungsleistungen mit den Wettbewerbsgewinnern kommt die dort vereinbarte Urheberrechtsregelung zum Tragen. Auftraggeber und Teilnehmer/innen besitzen das Recht auf Veröffentlichung der Arbeiten unter Namensnennung der Verfassenden. Das Recht auf Veröffentlichung seitens der Teilnehmer/innen besteht erst nach Abschluss des Wettbewerbs und schriftlicher Einwilligung des Auftraggebers.

5.1.9.2 Leistungsumfang

Die Beauftragung umfasst einen Leistungsanteil q von 100 % nach SIA-Ordnung 102. Der Auftraggeber behält sich vor, Leistungen für das Kostenmanagement und die örtliche Bauleitung (TL 39.5%) an Dritte zu vergeben. Die entsprechende Honorarsumme wird dadurch reduziert oder entfällt. Es besteht dann kein Anspruch auf allfällig entgangene Gewinne. Es wird keine zusätzliche Entschädigung an die Projektverfassenden des Siegerprojekts gemäss Art. 17.1, Art. 27.1, Art. 27.2 und Art. 27.3 der SIA-Ordnung 142 (Ausgabe 2009) ausgerichtet. Die genannten Artikel werden wegbedungen.

5.1.9.3 Honorar

Der Auftraggeber **beabsichtigt** auf folgender Basis einen Vertrag abzuschliessen:

Die aufwandbestimmenden Baukosten gelten über das Gesamtprojekt.

- Koeffizienten $Z1 = 0.062$, $Z2 = 10.58$ (SIA-Werte für das Jahr 2016)
- mittlerer Stundenansatz $h = \text{max. Fr. } 125.-$
- Schwierigkeitsgrad $n = \text{max. } 1.10$ (gemittelter Faktor über alle Anlageteile)
- Anpassungsfaktor $r = \text{max. } 1.0$
- Faktor für Umbauten $u = \text{max. } 1.00$ (kein Umbauzuschlag)
- Teamfaktor $i = \text{max. } 1.0$
- besonders zu vereinbarende Leistungen nach effektivem Zeitaufwand

Allfällige Reisekosten/Spesen werden nicht vergütet. Für Nebenkosten wird im Vertrag eine Pauschale definiert.

Im Honorar enthalten ist BIM (Building Information Modeling) und zwar unter folgenden Voraussetzungen: Das Projekt soll als vereinfachtes BIM-Modell geplant werden. Die 3D-Modelle werden nur für die Planung des Gebäudes verwendet. Es müssen keine Daten für das Facility-Management bzw. Liegenschaftsverwaltung bereitgestellt werden.

BIM-Hauptziel:

- 3D-Planungskoordination Haustechnik–Architektur–Betrieb (Geräte/Anlagen)
- Die gesamte Fachkoordination soll mittels BIM erfolgen.
- Der Datenaustausch soll im "Open BIM"-Konzept erfolgen. Dieser Austausch von Gebäudemodellen ist unabhängig von den verwendeten Softwarelösungen der jeweiligen Projektbeteiligten

5.1.9.4 Sitzungen Planende und Bausitzungen

Die Sitzungen der Planenden sowie die Bausitzungen finden regelmässig in Niederteufen oder Herisau an vereinbarten Terminen statt.

5.1.9.5 Bauleitung

Für die Bauleitung werden eine langjährige Erfahrung und eine hohe Präsenz vor Ort vorausgesetzt.

5.1.9.6 Fachplanung

Der Auftraggeber beabsichtigt die Fachplanenden für die Statik, die Gebäudetechnik, den Brandschutz, die Security-Konzeption und -Planung, Freiraumgestaltung und weitere Spezialisten und Spezialistinnen in separaten Submissionsverfahren zu bestimmen.



5.1.10 Termine

5.1.10.1 Termine Präqualifikation

Publikation/Ausschreibung Amtsblatt/SIMAP www.simap.ch	Freitag, 18.09.2020
Bezug der Wettbewerbsunterlagen über www.simap.ch	ab Freitag, 18.09.2020
Einreichung/Anmeldung Bewerbungsunterlagen Präqualifikation	bis Dienstag, 13.10.2020, 16.00 Uhr
Prüfung der Bewerbungsunterlagen und Jurierung Präqualifikation	Donnerstag, 22.10.2020
Versand Jury-Entscheid und Wettbewerbsunterlagen	KW 44/2020

5.1.10.2 Termine Projektwettbewerb

(dient als Orientierung, kann nach der Präqualifikation modifiziert werden)

Ausgabe definitives Wettbewerbsprogramm (digital)	KW 44/2020
Begehung Wettbewerbsgebiet und Abgabe Modell	KW 46/2020
Frist Einreichung Fragenstellung (Eingang)	spätestens Freitag, 27.11.2020
Fragenbeantwortung (E-Mail)	Freitag, 11.12.2020
Einreichung Wettbewerbsarbeiten (ca. 10 Wochen)	Montag, 08.03.2021, 16.00 Uhr
Einreichung Modell	Montag, 22.03.2021, 16.00 Uhr
Jurierung	April/Mai 2021
Eröffnung Zuschlagsentscheid (voraussichtlich)	ca. KW 26/2021

5.1.10.3 Termine Weiterbearbeitung

politischer Weg bis und mit Volksabstimmung	bis ca. Herbst 2022
angestrebte Inbetriebnahme Gefängnisse	ca. Sommer 2026
angestrebte Inbetriebnahme Strassenverkehrsamt mit Prüfhalle und Regional und Verkehrspolizei	ca. Sommer 2027

5.1.11 Abbruch des Verfahrens

Aus wichtigen Gründen kann der Auftraggeber das Verfahren jederzeit abbrechen oder wiederholen lassen. Die Teilnehmenden haben dann keinen Anspruch auf eine Entschädigung.



5.2 Präqualifikation

5.2.1 Unterlagen des Auftraggebers

Die Bewerbungsunterlagen können wie folgt bezogen werden:

Ab Freitag, 18. September 2020, unter www.simap.ch,
Titel "Projektwettbewerb Gmünden".

Folgende Unterlagen können heruntergeladen werden:

- | | |
|---|-----------|
| - Wettbewerbsprogramm Präqualifikation, dat. 09.09.2020 | pdf |
| - Übersichtsplan M 1:2'000, dat. 18.08.2020 | pdf |
| - Situationsplan mit Wettbewerbsgebiet und Zonen M 1:2'000, dat. 11.09.2020 | pdf |
| - Bewerbungsformular Präqualifikation | docx, pdf |
| - Vorlage 'Personalliste' | docx, pdf |

5.2.2 Einzureichende Bewerbungsunterlagen

Die Bewerber haben für die Präqualifikation folgende Unterlagen einzureichen:

- Bewerbungsformular (Selbstdeklaration) vollständig ausgefüllt und unterzeichnet
- 2 Referenzprojekte, (Justizgebäude oder Gebäude mit ähnlich komplexen Fragestellungen oder Bauten mit innovativen Lösungen)
- maximal 3 Blätter DIN A3 einseitig bedruckt mit Illustrationen pro Projekt
- Die Projekte sind so darzustellen und zu beschreiben, dass eine Beurteilung der eingeforderten Qualitäten gemäss Beurteilungskriterien (vgl. Kapitel 5.2.4) für die gestellte Aufgabe möglich ist.
- Aktuelle Personallisten der Unternehmungen mit Angaben der Personalien (Name, Vorname, Jahrgang), Ausbildung (Abschluss, Jahr) und Praxis (seit Abschluss / im Unternehmen), insbesondere unter Darlegung der Erfahrung der vorgesehenen Projektleitung.
- sämtliche Unterlagen auch als pdf-Dateien auf USB-Stick oder CD

5.2.2.1 Anforderungen

Die Vorstellungsblätter sind ungefalt/nicht gebunden auf einem festen Papier einzureichen. Zusätzliche Unterlagen auf Datenträger oder Einreichung der Bewerbungsunterlagen per E-Mail werden nicht berücksichtigt. Alle eingereichten Unterlagen dienen ausschliesslich der Information und werden vertraulich behandelt.



5.2.3 Einreichung/Termin Bewerbungsunterlagen

Einreichung der geforderten, **verschlossenen** Bewerbungsunterlagen, gekennzeichnet mit dem Titel "Projektwettbewerb Gmünden" bis

Dienstag, 13. Oktober 2020, 16.00 Uhr, Eingang am Eingabeort massgebend, nicht Poststempel, an

Amt für Immobilien

Appenzell Ausserrhoden

"Projektwettbewerb Gmünden"

Obstmarkt 1

CH-9102 Herisau

Eine Fristverlängerung ist nicht möglich.

Später eintreffende oder unvollständige Bewerbungen werden vom Verfahren ausgeschlossen.

5.2.4 Beurteilung der Bewerbungen

Die eingereichten Bewerbungsunterlagen werden durch das Amt für Immobilien auf Vollständigkeit und Erfüllung der Anforderungen formell geprüft.

Zur Teilnahme am Projektwettbewerb wählt das Preisgericht aufgrund nachfolgender Kriterien maximal 25 Planungsbüros/Planungsteams. Die Präqualifikation ist nicht anonym.

- Referenz-Objekte, die hinsichtlich Aufgaben- und Fragenstellung ähnlich sind und auf die Kompetenz des Bewerbers/der Bewerberin schliessen lassen.
- Einhaltung von Kosten und Terminen (Selbstdeklarationen)
- Kooperationsbereitschaft und Zusammenarbeit mit Auftraggebern (Referenzauskunft)
- Organisation und Leistungsfähigkeit des Planungsbüros, Bürostruktur und Bestätigung, dass die Rahmentermine eingehalten werden können
- maximal 5 Nachwuchsbüros, Alter der geschäftsführenden Person maximal 35 Jahre (Jahrgang 1985 und jünger)

Der Veranstalter weist darauf hin, dass die Referenzprojekte nur aufgrund des Inhalts der eingereichten und nachgewiesenen Dokumentation beurteilt werden. Es werden entsprechend aussagekräftige Darstellungen und Nachweise erwartet.

5.2.5 Ausschlussgründe infolge formeller Mängel

Ein Ausschlussgrund im Rahmen der Präqualifikation liegt explizit dann vor, wenn (Aufzählung ist nicht abschliessend):

- das Bewerbungsformular Präqualifikation unvollständig und/oder nicht unterzeichnet ist
- die Selbstdeklaration unvollständig und/oder nicht unterzeichnet ist
- Termine und Formvorschriften nicht eingehalten wurden

5.2.6 Orientierung über das Resultat

Das Preisgericht entscheidet über die Teilnahme am Projektwettbewerb. Datum s. Kapitel 5.1.10.1 Termine Präqualifikation.

Es werden keine mündlichen Auskünfte erteilt. Alle Bewerber/innen werden über ihre Wahl oder Nichtwahl (vgl. Kapitel 5.1.10) schriftlich benachrichtigt.



5.3 Projektwettbewerb

Dieser Abschnitt dient als Orientierung und kann nach der Präqualifikation noch modifiziert werden.

Der Projektwettbewerb umfasst den Lösungsvorschlag zur Aufgabenstellung (Projektvorschlag) sowie die Honorarofferte. Die Durchführung des Projektwettbewerbs erfolgt anonym.

5.3.1 Unterlagen des Auftraggebers

Den Teilnehmenden werden die nachfolgend aufgeführten Unterlagen zur Verfügung gestellt:

- Wettbewerbsprogramm für Projektwettbewerb dat. ... pdf
- Orthofoto M 1:5000, dat. 09.09.2020 pdf
- Übersichtsplan M 1:2'000, dat. 18.08.2020 pdf
- Situationsplan mit Wettbewerbsgebiet und Zonen M 1:2'000, dat. ... pdf
- Situationsplan mit Wettbewerbsgebiet und Zonen M 1:500, dat. ... dwg, dxf
- Situationsplan mit Werkleitungen M 1:500, dat. ... dwg, dxf
- Situationsplan M 1:200 mit Höhenkurven, dat. ... dwg, dxf
- Grundrisse, Schnitte, Fassaden - IST-Zustand Hauptgebäude M 1:200, dat. ... pdf, dwg, dxf
- Grundrisse, Schnitte, Fassaden - IST-Zustand Werkstattgebäude M 1:200, dat. ... pdf, dwg, dxf
- geologischer Bericht, dat. ... pdf
- Siedlungs- und landschaftsökologische Gestaltungsvorgaben, dat. ... pdf
- Raumprogramm STAG, dat. ... xls, pdf
- Funktionsschema STAG, dat. ... pdf
- Raumprogramm STVA, dat. ... xls, pdf
- Funktionsschema STVA, dat. ... pdf
- Raumprogramm ReVepo, dat. ... xls, pdf
- Funktionsschema ReVepo, dat. ... pdf
- Beurteilung der Erdbebensicherheit und Massnahmenempfehlung (Rotes Haus) dat. ... pdf
- NISV-Bericht Swissgrid AG, dat. 09.06.2020 pdf
- Formular "Verfasserblatt" docx
- Formular "Nachweis Raumprogramm"
- Formular "Nachweis Flächen und Volumen"
- Formular "Nachweis SIA-Merkblatt 2040"

Unterlagen zur Abholung bei Begehung

- Modellgrundlage M 1:500 Gipsabguss in Kartonbox
- Fotodokumentation IST-Zustand (2019) USB-Stick mit jpg-Dateien

Weitere zu beachtende Grundlagen

- SIA 416: 2003 Flächen und Volumen von Gebäuden
- SIA 500: 2009 Hindernisfreie Bauten
- VKF-Brandschutzvorschriften VKF (Ausgabe 2015)
- Handbuch für Bauten des Straf- und Massnahmenvollzuges "Einrichtungen Erwachsene" vom Bundesamt für Justiz, dat. 26.09.2016
- Merkblatt "Hindernisfreies Bauen" bei Bauten des Straf- und Massnahmenvollzuges (BJ-Bauten), dat. 24.07.2015
- www.geoportal.ch



Die Teilnehmer/innen erteilen mit dem Bezug der Unterlagen ihre stillschweigende Zustimmung, die abgegebenen Planungsgrundlagen aus lizenzrechtlichen Gründen ausschliesslich im Zusammenhang mit dem Wettbewerb zu verwenden. Jede darüber hinausgehende, kommerzielle Nutzung der Planungsgrundlagen ist aufgrund der Gebäudenutzungen strikte untersagt.

5.3.2 Begehung / Abgabe Modell

In der **KW 46/2020** findet eine obligatorische Arealbegehung (vgl. Kapitel 5.1.10) statt. Den Teilnehmenden wird damit die Möglichkeit geboten, einen Überblick über das Areal und die unmittelbare Umgebung zu erhalten. Die Begehung dient der Information und als Grundlage zur Lösung der gestellten Aufgabe.

Aus organisatorischen und sicherheitstechnischen Gründen können die Innenräume der Strafanstalt nur in kleinen Gruppen mit maximal zwei Teilnehmenden pro Planungsteam besichtigt werden. Mit der Zustellung des Jury-Entscheids für die Teilnahme am Projektwettbewerb wird jedem Team der genaue Besichtigungstermin mitgeteilt.

Abgabe Modellgrundlage

Die Modellgrundlage (ca. 80 x 80 cm) wird an der Arealbegehung abgegeben.

5.3.3 Fragestellung und -beantwortung

Fragen zum Wettbewerbsprogramm sind mit dem Betreff "Fragestellung Projektwettbewerb Gmünden" schriftlich einzureichen bis Freitag, 27. November 2020, per E-Mail an immobilienamt@ar.ch oder per Briefpost an das Amt für Immobilien Appenzell Ausserrhoden, Obstmarkt 1, CH-9102 Herisau

Die Fragen sind gemäss den Kapiteln des Programms zu gliedern.

Alle eingegangenen Fragen werden anonymisiert und gesamthaft bis Freitag, 11. Dezember 2020 beantwortet und per E-Mail den Teilnehmenden des Projektwettbewerbs zugestellt.



5.3.4 Einzureichende Unterlagen

Pläne

- Situationsplan mit Umgebungsgestaltung M 1:500
- Grundrisse M 1:200
- Fassaden, Schnitte M 1:200
- Fassadenschnitt M 1:50
- Erläuterungen auf Plan
- Visualisierung (optional)

Nachweise

- Formular "Nachweis Raumprogramm"
- Formular "Nachweis Flächen und Volumen"
- Formular "Nachweis SIA-Merkblatt 2040"
- Zonenfläche für öffentliche Bauten und Anlagen (OE): Flächenumlegungen, -vergrößerung
- Fruchtfolgefläche (FFF): Flächenumlegungen nach den Kriterien 2, 6 und 7

Weitere einzureichende Unterlagen

- Formular "Verfasserblatt"
- Einzahlungsschein
- Honorarangebot
- Modell M 1:500
- digitaler Datenträger (USB-Stick oder CD)

5.3.5 Darstellung und Abgabeform

Die Abgabe muss anonym erfolgen. Alle Pläne und Unterlagen haben folgende Vermerke zu tragen:

- Kennwort (anonymisiert und ohne Ziffern)
- Titel "Projektwettbewerb Gmünden"

Für die Pläne gelten zusätzlich folgende Darstellungshinweise:

- maximal 6 Pläne, inklusive Erläuterungen, evtl. Visualisierungen; Format A0 (118.9 cm x 84.1 cm, einheitlich Quer- oder Hoch-Format)
- Pläne in 5facher Ausführung:
 - 1 Plansatz für die Jurierung im Format A0 ungefaltet
 - 1 Plansatz für die Vorprüfung im Format A0 gefaltet oder ungefaltet
 - 3 Plansätze für die Vorprüfung im Format A3
- sämtliche Plandarstellungen mit graphischer Massstabsleiste und Nordpfeil versehen
- Bezeichnung der Geschosse zwingend

Situationsplan mit Umgebungsgestaltung M 1:500 (nach Norden ausgerichtet)

Darstellung des Projektentwurfs (Gesamtareal) als Dachaufsicht auf Basis der abgegebenen Plangrundlage mit Darstellung der Bebauungs-, Erschliessungs- und Freiraumidee inklusive Zufahrten und Abstellplätze sowie Angaben über die wichtigsten Höhenkoten (Umgebung und Gebäude).



Grundrisse M 1:200 (mit graphischer Massstabsleiste und Nordpfeil)

Darstellung sämtlicher Grundrisse mit Angaben der wichtigsten Höhenkoten. Alle Räume sind mit den im Raumprogramm angegebenen Raumnummern, Raumbezeichnungen (Abkürzungen sind möglich) und mit den projektierten Raumflächen zu beschriften. In den hierfür geeigneten Geschossen ist die Gestaltung der Aussenanlagen und der näheren Umgebung miteinzubeziehen und mit den entsprechenden Höhenkoten des gestalteten Terrains zu versehen.

Fassaden, Schnitte 1:200

Darstellung der zum Verständnis notwendigen Fassaden und Schnitte. In den Schnitten und Fassaden sind das gewachsene und das gestaltete Terrain, die Gebäudehöhen als Kote einzutragen.

Fassadenschnitt 1:50

genereller Fassadenschnitt durch mindestens eine Fassadenöffnung mit Angaben der gewählten Konstruktionen und Materialisierung.

Erläuterungen, resp. grafische Darstellung auf Plan

Erläuterungen mit Aussagen zu mindestens folgenden Themen:

- Architektur und Einpassung
- Funktionalität und Qualität
- Wirtschaftlichkeit, Nachhaltigkeit und Gebäudetechnik
- Siedlungs- und landschaftsökologische Gestaltung
- Schema Neubau/Abbruch/Umbau
- Etappierung der Bauphasen

Visualisierung (optional)

Bei Abgabe einer Visualisierung sind der exakte Standort sowie der Blickwinkel im Situationsplan einzutragen. Der Blickpunkt der Visualisierung befindet sich auf Augenhöhe (1.50 m).

Nachweisformulare

Die Nachweisformulare dürfen nicht verändert werden. Sie sind digital im Originalformat sowie für die Vorprüfung als 3-facher Ausdruck abzugeben.

- Formular "Nachweis Raumprogramm"
Nachweis der Erfüllung des Raumprogramms auf dem abgegebenen Excel-Formular mit den im Projekt vorgesehenen Raumgrössen (Nettogeschossflächen)
- Formular "Nachweis Flächen und Volumen"
 - . Nachweis der verschiedenen Geschoss- und Nutzflächen (GF, NGF, HNF, usw.) nach SIA Norm 416 (Ausgabe 2003) inkl. Darstellung der Flächen (auf separaten A4-Blättern)
 - . Nachweis des Gebäudevolumens (GV) nach Kapitel 5 der SIA Norm 416 (Ausgabe 2003) inkl. Darstellung der Kubaturen (auf separaten A4-Blättern)
- Formular "Nachweis SIA-Merkblatt 2040"
Berechnung zur Umweltbelastung (Graue Energie und Treibhausgasemissionen) in der Erstellung, dem Betrieb und für die Mobilität anhand von Projektflächen, Bauteilarten und weiterer Angaben mit Hilfe des abgegebenen Excel-Formulars



weitere Nachweise

- Der Flächennachweis für die Zone für öffentliche Bauten und Anlagen (OE) ist im Situationsplan M 1:500 einzutragen.
- Der Flächennachweis für die Fruchtfolgeflächen (FFF) ist im Situationsplan M 1:500 einzutragen.

Kosten

Die Kosten werden aufgrund der überprüften Flächen und Volumen durch einen externen Kostenplaner ermittelt.

Formular "Verfasserblatt"

Das Verfasserblatt ist mit Adresse und Telefonnummer der Verfasser inkl. Namen der beteiligten Mitarbeiter und der zugezogenen Spezialisten in einem verschlossenen Couvert abzugeben.

Im verschlossenen Couvert sind das Honorarangebot und ein Einzahlungsschein zur Überweisung der Entschädigung und allfälligen Preissumme beizufügen.

Modell M 1:500

Modellgrundlage mit schematischem Baukörper der Bauten und Grundsätze der Freiraumgestaltung und Erschliessung (weiss).

Digitale Daten

Datenträger mit einzureichenden Plänen und Formularen im pdf-Format, Bilder separat als jpg-Datei für Darstellungen im Schlussbericht (anonymisiert).

Alle Dateien sollen im Dateinamen an erster Stelle das Kennwort beinhalten. pdf-Dateien dürfen nicht geschützt sein. Der/die Verfasser/in ist für die Gewährleistung der Anonymität verantwortlich, die digitalen Dokumente dürfen keine Hinweise auf die Projektverfasser/innen enthalten.

Varianten

Jede/r Teilnehmende darf nur eine Lösung einreichen. Varianten sind nicht zulässig und führen zum Ausschluss.

5.3.6 Einreichung/Termin der Wettbewerbsunterlagen

Alle Projektbestandteile (inkl. Verfassererklärung) sind mit einem verfasserspezifischen Kennwort zu versehen. Die Verpackung und die Bestandteile des Entwurfs dürfen keinerlei Hinweise bezüglich der Projektverfassenden aufweisen. Die Verpackung und die Projektbestandteile sind mit dem Titel "Projektwettbewerb Gmünden" zu beschriften.

Einreichung der geforderten, **verschlossenen** Wettbewerbsunterlagen, gekennzeichnet mit dem Titel "Projektwettbewerb Gmünden" bis

Montag, 8. März 2021, 16.00 Uhr, Eingang am Eingabeort massgebend, nicht Poststempel, an

Kantonskanzlei

Appenzell Ausserrhoden

"Projektwettbewerb Gmünden"

Regierungsgebäude Obstmarkt 3

CH-9102 Herisau

Eine Fristverlängerung ist nicht möglich.

Später eintreffende oder unvollständige Unterlagen werden vom Verfahren ausgeschlossen.



Abgabe Modell

Das Modell muss am noch zu bestimmenden Ort der Jurierung abgegeben werden (Abgabefrist vgl. Kapitel 5.1.10).

5.3.7 Vorprüfung

5.3.7.1 Erste Vorprüfung

Die Projekte werden in einer ersten Vorprüfung nach folgenden Kriterien kontrolliert:

- formell
fristgerechte Einreichung und Vollständigkeit der Unterlagen, Lesbarkeit, Anonymität, Sprache
- materiell
Erfüllung der Wettbewerbsaufgabe und des Raumprogramms, Einhaltung der Rahmenbedingungen

5.3.7.2 Zweite Vorprüfung

Bei der zweiten Vorprüfung werden folgende Aspekte kontrolliert:

- Raumprogramme detailliert
- Erstellungs- und Lebenszykluskosten
- Gebäudestruktur, Funktionalität und Nutzungsflexibilität (Statik)
- Brandschutz und Security (Verifikation Funktionsschema)
- Nachhaltigkeit
- Etappierbarkeit, Betrieb der Gefängnisse während den Bauphasen
- Umsetzung Hindernisfreies Bauen

5.3.8 Projektbeurteilung

Die Beurteilung der eingereichten Projekte erfolgt durch das Preisgericht. Über die Beurteilung wird ein Bericht verfasst. Dieser wird nach Bekanntgabe der Ergebnisse den Teilnehmenden zugestellt

Das Preisgericht wird aufgrund der gesetzten Ziele und der aufgeführten Beurteilungskriterien eine Gesamtwertung der zugelassenen Projekte vornehmen. Die Reihenfolge der Kriterien hat keine Bedeutung.

Situation, Aussenraum, Architektur

- Ortsbauliche Situation und städtebauliche Konzeption
- Architektonische Qualität und Gestaltung der Baukörper
- Freiräumliche Gesamtkonzeption
- Qualität der Gesamt- und Einzelprojekte

Organisation, Funktionalität und Innenräume

- Erfüllung Raumprogramm
- Nutzeranforderungen, Funktionalität, Betriebsabläufe, Flexibilität
- Gebäudestruktur, Qualität der Innenräume
- Etappierbarkeit

Wirtschaftlichkeit, Nachhaltigkeit

- Gebäudekonstruktion und -technik
- Erstellungs- und Lebenszykluskosten
- Umweltbelastung in Erstellung, Betrieb und Mobilität (anhand Nachweis SIA-Merkblatt 2040)
- Biodiversität

Gesamteindruck

- Erläuterungsbericht, Plandarstellung
- Ergebnisse der Vorprüfung

Optionale Bereinigungsstufe

Das Preisgericht kann, falls es sich als notwendig erweist, den Projektwettbewerb mit Projekten der engeren Wahl mit einer optionalen, anonymen Bereinigungsstufe verlängern. Der Arbeitsaufwand der Bereinigungsstufe wird separat entschädigt. Die Rangierung findet erst nach der optionalen Bereinigungsstufe statt.



5.3.9 Orientierung, Veröffentlichung

5.3.9.1 Orientierung über das Resultat

Das Beurteilungsergebnis des Projektwettbewerbs wird allen Teilnehmenden mittels schriftlicher Verfügung mitgeteilt.

5.3.9.2 Veröffentlichung

Es ist vorgesehen, die Ergebnisse in geeigneter Weise zu veröffentlichen und die Arbeiten auszustellen. Der Veranstalter und die Teilnehmenden besitzen das Recht auf Veröffentlichung der Arbeiten unter Namensnennung der Verfasserinnen und unter vorheriger schriftlicher Einholung des Einverständnisses des Veranstalters.

5.3.9.3 Rückgabe der eingereichten Projektvorschläge

Die Wettbewerbsunterlagen der Projekte, die nicht in der engeren Wahl gestanden oder angekauft worden sind, können nach dem Abschluss der Wettbewerbsausstellung unter Voranmeldung beim Amt für Immobilien Appenzell Ausser Rhoden, Obstmarkt 1, 9102 Herisau, Tel. +41 71 353 65 82, abgeholt werden. Es erfolgt kein Versand der Unterlagen. Über Unterlagen, die bis Ende August 2022 nicht abgeholt werden, verfügt die Veranstalterin.

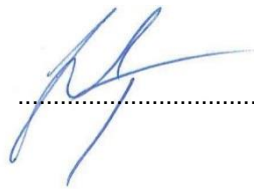
6. Schlussbestimmungen

6.1 Programmgenehmigung durch Preisgericht und Auftraggeber

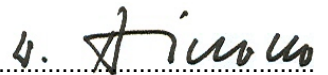
Dieses Wettbewerbsprogramm wurde von den Mitgliedern des Preisgerichtes und den Nutzenden an der Sitzung vom Montag, 7. September 2020, verabschiedet.

Fach-Preisrichter/innen (mit Stimmrecht)

Jürg Schweizer
dipl. Architekt FH/SIA, MAS REM
Leiter Amt für Immobilien, Kantonsbaumeister



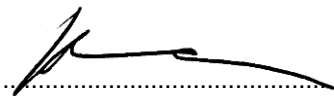
Werner Binotto
dipl. Arch. HBK/BSA/SIA



Hubert Bischoff
Architekt BSA



Regula Harder
dipl. Architektin ETH/SIA/BSA



Myrjam Zoller
dipl. Architektin FH SIA



Kurt Knöpfel (Ersatz)
dipl. Architekt HTL, stv. Kantonsbaumeister
Leiter Hochbauten und Unterhalt

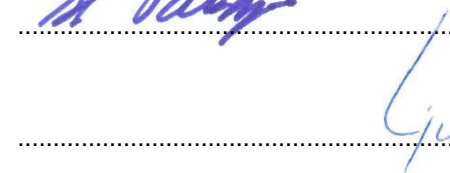


Sach-Preisrichter/innen (mit Stimmrecht)

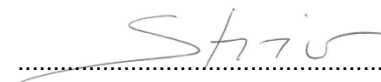
Regierungsrat Hansueli Reutegger
Vorsteher Departement Inneres und Sicherheit



Regierungsrat Paul Signer
Vorsteher Departement Finanzen



Landammann Alfred Stricker (Ersatz)
Vorsteher Departement Bildung und Kultur





Nutzervertreter (im Wettbewerbsverfahren auch Experten ohne Stimmrecht)

Alexandra Horvath
lic. rer. pol./MLaw/MAES
Direktorin Gefängnisse Gmünden

Andreas Vetsch
dipl. Masch.-Ing ETH
Leiter Strassenverkehrsamt

Oblt. Roman Pachler
Leiter Regional- und Verkehrspolizei



6.2 Rechtsmittelbelehrung

Gegen diese Ausschreibung kann innert 10 Tagen seit der Veröffentlichung beim Obergericht Appenzell Ausserrhoden, verwaltungsrechtliche Abteilung, Fünfeckpalast, Postfach 162, 9043 Trogen, schriftlich Beschwerde erhoben werden. Die Regeln über den Fristenstillstand finden keine Anwendung (Art. 4, Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen, bGS 712.1). Die Beschwerde muss einen Antrag, eine Darstellung des Sachverhalts sowie eine Begründung enthalten. Diese Ausschreibung ist beizulegen.



Beilagen (Präqualifikation)

- Beilage 1 Übersichtsplan M 1:2000, dat. 18.08.2020
- Beilage 2 Situationsplan M 1:500, dat. 14.09.2020
- Beilage 3 Bewerbungsformular Präqualifikation
- Beilage 4 Vorlage Personalliste



Beilagen (Projektwettbewerb)

Beilage 1	Geologischer Bericht
Beilage 2	Siedlungs- und landschaftökologische Gestaltungsvorgaben
Beilage 3a	Raumprogramm "Gefängnisse Gmünden"
Beilage 3b	Funktionsschema "Gefängnisse Gmünden"
Beilage 4a	Raumprogramm "Strassenverkehrsamt"
Beilage 4b	Funktionsschema "Strassenverkehrsamt"
Beilage 5a	Raumprogramm "Regional- und Verkehrspolizei"
Beilage 5b	Funktionsschema "Regional- und Verkehrspolizei"
Beilage 6	Beurteilung der Erdbebensicherheit und Massnahmenempfehlung (Rotes Haus)
Beilage 7	NISV-Bericht Swissgrid AG